

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,90 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Belegt für die sechsgepaltenen Rollenzeitung oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (täglich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußanzeigen geben das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Warte über 15 Tage haben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Reichsfinanzschwindel.

Die Verschönerer unserer Reichsfinanzlage sind wieder emsig an der Arbeit, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Diese freiwilligen Offiziösen arbeiten damit der Regierung vor, die ja nach den gebieterischen Forderungen der Schnapsblodbrüder dem im Herbst zur Schlußsession zusammen tretenden sterbenden alten Reichstage eine schönfärberische Darstellung der Finanzlage des Reiches vorlegen soll. Diese Darstellung soll nicht nur die berüchtigten Laten des Schnapsblodes verherrlichen, sondern auch die ganze finanzielle Lage des Reiches in bengalischem Feuer erstrahlen lassen. Wenn sich dann auch in Südwestafrika die Wetterwolken eines neuen kostspieligen Kriegsabenteurers zusammengeballt haben sollten oder wenn gar ein internationaler Konflikt seinen unheilswangeren Schatten werfen sollte, so könnte man dann wenigstens mit dem „glänzenden“ Stande unserer „ferngefunten“ Reichsfinanzen renommieren. Und wenn dem neuen Reichstag die unausbleiblichen neuen Marineforderungen vorgelegt werden, so können dann auch diese enormen Neubelastungen mit dem Hinweis auf den brillanten Stand der Reichsfinanzen um so leichter durchgedrückt werden. Kein Wunder also, daß Schnapsblodbrüder und Flottenferer mit gleichem Eifer bemüht sind, unsere Finanzlage als eine geradezu blendende hinzustellen.

Herr Erzberger unter diesen Lobpreisern unserer Reichsfinanzen nicht fehlen darf, versteht sich von diesem betriebsamsten Klopfschreier der schwarzen Demagogie von selbst. Ja, man darf gerade Herrn Erzberger das Zeugnis ausstellen, daß sein Preisgesang auf die glorreichen Erfolge der Reichsfinanzreform des Schnapsblodes am frohlockendsten tönt, daß er geradezu Purzelbäume des Entzückens schlägt über die nach seiner Darstellung geradezu wunderbare Entwicklung unserer Reichsfinanzen. Nur schade, daß Herr Erzberger „den großen Fortschritt in der Gesundung der Reichsfinanzen gegenüber dem Reformplane der Regierung“, d. h. also eine Besserung sogar über das hinaus, was in den Absichten der Regierung und ihrer Reichsfinanzreformvorlage lag, nur unter Zuhilfenahme der sonderbarsten Legenden zu behaupten vermag! Die Herr Erzberger mit den Tatsachen umspringt, verdient schon des abschreckenden Exempels wegen des näheren gekennzeichnet zu werden.

Auch Herr Erzberger geht von dem den Schnapsblod in einen wahren Gildstaumel verkehrenden Faktum aus, daß sich für das Jahr 1910 ein Ueberschuß von 118 Millionen über den Etatsanschlag ergeben hat. Er beginnt seinen Artikel in der „Rittwochnummer der „Märkischen Volkszeitung“ folgendermaßen:

„Der ungemein günstige Abschluß des Jahres 1910 mit seinem Ueberschuß von 118 Millionen Mark hat eine ganze Reihe falscher Behauptungen hervorgerufen lassen. Auffallendweise haben auch Reichstagsabgeordnete, die doch den Etat kennen sollten, hierzu ein erhebliches Stück beigetragen. So behauptet ein Abgeordneter, man habe 1910 schon 152 Millionen Mark getilgt und keinen Pfennig neue Schulden gemacht. Von anderer Seite kommt die Antwort, gar nichts ist getilgt worden, man hat sogar noch gewaltige neue Schulden gemacht. Ein Dritter schränkt die Fortsetzung der Pumpwirtschaft auf 81 Millionen Mark ein. Keine einzige dieser Behauptungen ist zutreffend und man muß verwundert fragen, daß selbst über feststehende Tatsachen so widersprechende Behauptungen aufgestellt werden können. Wie steht denn die Sache in Wirklichkeit? Der genehmigte Etat für 1910 enthält noch einen Anleihebetrag von 148 Millionen Mark. An dieser Summe war aber schon in Abzug gebracht der für Tilgung der Reichsschulden ausgesetzene Betrag von 32 Millionen Mark. Würde der Etat glatt durchgeführt worden sein, so hätte das Reich 148 Millionen Mark neuer Anleihen gemacht und nichts abbezahlt. Nun ist aber nicht die ganze Summe von 148 Mil. Mark als eine verwerfliche Pumpwirtschaft anzusehen, sondern darunter befinden sich 32,5 Mil. Mark für Reichspost und Reichseisenbahnen, welche ihre Verzinsung und Amortisation aufbringen und daher anzuschreiben sind, also bleibt noch ein Rest von 115,5 Mil. Mark als Anleihe übrig, welcher für nichtverwendende Zwecke auszugeben werden sollte (Nord-Ostsee-Kanal, Festungen, strategische Eisenbahnen, Schiffsbauten). Da aber der Etat für 1910 mit einem Ueberschuß von 118 Millionen Mark abschloß, so ist dieser Anleihebedarf glatt gedeckt, es bleibt sogar noch ein reiner Ueberschuß von 2,5 Millionen Mark übrig, den man für tatsächliche Schuldentilgung gutschreiben muß. So sieht in Wahrheit das Jahr 1910 kaufmännisch für sich betrachtet aus, es schließt ohne Schulden ab und hat für Heimzahlung alter Schulden noch 2,5 Millionen Mark übrig gelassen; aber 152 Millionen Mark sind nicht getilgt worden, ebenso ist die Pumpwirtschaft nicht fortgesetzt worden. Das Schlussergebn ist vielmehr ein über alles Erwarten günstiges.“

Es ist in der Tat in höchstem Grade erstaunlich, wie Reichstagsabgeordnete Behauptungen über den Etat 1910 aufstellen können, die eine geradezu verblüffende Unkenntnis der wirklichen Tatsachen verraten. Aber auch Herr Erzberger verfährt schon hier sehr wenig gründlich und gewissenhaft, um zum Schlusse eine reelle Schuldentilgung von 2 1/2 Millionen

herausrechnen und dies Resultat als „ein über alles Erwarten günstiges“ preisen zu können.

Zunächst ist es nicht ohne weiteres angängig, die zwei- unddreißig Millionen des für die Tilgung der Reichsschulden vorgesehenen Betrages einfach ganz außer Rechnung zu stellen. Der Etat für 1910 freilich beziffert den Anleihebedarf nur auf 148 Millionen, indem er die 32 Millionen für „Schuldentilgung“ einfach auf den Anleihebedarf verrechnet. Zwar bestimmt der § 3 des Gesetzes vom 15. Juli 1909, daß die zur Schuldentilgung im Etat bereitgestellten Beträge auch zur Anrechnung auf das Anleihefoll verwendet werden können, allein das gilt doch nur für den Notfall, für den Fall einer ungünstigen Etatgestaltung. Die Absichten der Regierung gingen jedenfalls bei der Reichsfinanzreform dahin, nicht nur eine fiktive, sondern eine wirkliche Schuldentilgung zu ermöglichen. Hinzu kommt aber noch, daß sich unter den 32 Millionen 5 1/2 Millionen zur Tilgung der gestundeten Matrifularbeiträge befinden, für die die Bestimmung des § 3 nicht gilt, die also unbedingt zur wirklichen Tilgung hätten verwendet werden müssen! Schon dieser eine Umstand zerfällt die hübsche Rechnung des Herrn Erzberger, trotz des nachträglichen Ueberschusses von 118 Millionen! Das „über alles Erwarten günstige Resultat“ stellt sich in Wirklichkeit so dar, daß statt einer Schuldentilgung von mindestens 5 1/2 Millionen, wie sie das Gesetz vom 15. Juli 1910 vorschrieb, nur 2 1/2 Millionen getilgt werden konnten!

Aber mehr noch: Herr Erzberger zieht von den 148 Millionen Anleihe ganz einfach auch 32,5 Millionen für werbende Anleihen ab, um zu seinem angeblich so überaus günstigen Ergebnis zu gelangen. Er vergißt also ganz, daß die amtliche Denkschrift über die Reichsfinanzreform ausdrücklich als ihre Ziele nannte:

1. Die Verhinderung weiterer Schuldenvermehrung sowie eine regelmäßige ausreichende Tilgung der vorhandenen und der künftig aufzunehmenden Anleihen.
2. Die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bedarf und Deckung.

Wie kann Herr Erzberger demgegenüber eine Schuldentilgung um lumpige 2 1/2 Millionen gegenüber einem neuen Pump von 32 1/2 Millionen als „über alles Erwarten günstiges Resultat“ zu verherrlichen wagen? Liegt doch auf der Hand, daß bei einem so schreienden Mißverhältnis zwischen Schuldentilgung und Schuldenmachen niemals an eine wirkliche Schuldentilgung zu denken ist! Und die halbe Milliarde neuer Steuern sollte doch gerade der leidigen unheilvollen Pumpwirtschaft ein radikales Ende machen!

Doch diese Schönfärbereien des Herrn Erzberger sind nur Kleinigkeiten gegenüber seinen weiteren Leistungen, die wir in einem zweiten Artikel unter die Lupe nehmen wollen.

Für heute nur noch ein zweites Beispiel für die erstaunliche Fähigkeit des Herrn Erzberger, alle Dinge durch eine rosenrote Brille zu sehen. Führt er in seinen Darlegungen doch also fort:

„Das laufende Jahr 1911 scheint sich ähnlich zu entwickeln, der genehmigte Etat sieht noch eine Anleihe von 97 Millionen Mark vor, nachdem schon alle Ausgaben für Schuldentilgungen in Abzug gebracht worden sind. In diesen 97 Millionen Mark neuer Schulden stecken aber 36,3 Millionen Mark Ausgaben für werbende Anlagen (Wohnungen, Reichspost und Eisenbahnen), so daß noch rund 60 Millionen Mark Zuschuß für Nord-Ostsee-Kanal, Festungen und Schiffsbauten enthalten sind. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen für 1911 läßt hoffen, daß diese Summe durch Ueberschüsse gedeckt wird, und dann steht 1911 ebenso glänzend da wie 1910. Für 1912 nun aber ist es Aufgabe des Voranschlags zum Etat, ohne einen Pfennig für nichtverwendende Anlagen auszulassen. 1913 muß dann die wirkliche Schuldentilgung bringen und die Zukunft uns auf dieser Höhe halten.“

Herr Erzberger verfährt also auch hier nach seinem famosen Schema, von vornherein alle durch das Gesetz vom 15. Juli 1909 vorgeschriebenen Schuldentilgungen einfach außer Betracht zu lassen. Dabei handelt es sich für 1911 um nicht weniger als 89 Millionen an „Schuldentilgung“, die man einfach auf die Anleihe in Anrechnung gebracht hat. Und unter diesen 89 Millionen sind diesmal 45,6 Millionen, die nach Sinn und Wortlaut des genannten Gesetzes unbedingt zur wirklichen Schuldentilgung hätten verwendet werden müssen! Herr Erzberger aber verschiebt jede wirkliche Schuldentilgung einfach auf das Jahr 1913. Dieses Jahr „muß“ dann die wirkliche Schuldentilgung bringen. Vergleichen mit dem Brustton der Ueberzeugung vorgetragene Veteuerungen machen sich ja besonders reizend bei einem Manne, der bei den Votantenwahlwahlen den Wähler bekanntlich feierlich verheißt hat, daß das Zentrum künftig nicht mehr für neue indirekte Steuern auf den Massenkonsum zu haben sei!

Auch die neuen 36,3 Millionen Anleihen für werbende Zwecke machen dem hochgemuteten Herrn Erzberger nicht die geringsten Skrupel, obgleich in der Kommission für die Reichsfinanzreform der Regierungsvertreter ausdrücklich betonte, daß auch Anleihen für werbende Zwecke in längstens 30 Jahren getilgt werden müssen. Wenn man aber für werbende Zwecke jährlich immer neue Anleihen macht, ohne die alten Schulden zu tilgen, so wird es mit jeder Schuldentilgung immer problematischer!

Wir stellen also schon heute fest: Die Finanzlage des Reiches in 1910 und 1911 hat sich weit ungünstiger gestaltet, als es in dem Reformplane der Regierung lag, sie hat entgegen den Absichten und Hoffnungen der Regierung keine Schuldentilgung, sondern nur eine erhebliche Schuldenvermehrung gebracht. Herr Erzberger aber bringt es fertig, die Etatgestaltung für 1910 und 1911 eine „über alles Erwarten günstige“, ja eine „glänzende“ zu nennen! Wenn wir schon jetzt solchen struppelosen Verdrehungen der Tatsachen begegnen, mit welcher frivolen Mitteln mag da der Schnapsblod erst während des Wahlkampfes selbst arbeiten!

Das Koalitionsrecht der Reichseisenbahner.

Bei der Beratung des Etats der Reichseisenbahnen im Reichstag ist der Minister wiederholt darüber interpelliert worden, wie er sich zum Koalitionsrecht der Reichseisenbahner stellt. Dabei hat Herr v. Breitenbach, zum Teil in lebhafter Kontroverse mit dem Abg. Emmel, den Reichs- und Staatsangestellten wohl das Streikrecht abgestritten, er hat jedoch immer betont, daß das in der Reichsgewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht diesen Leuten ebenso wenig wie den Arbeitern in den Privatbetrieben streitig gemacht werden solle. Wie diese Versicherung aus preussischem Ministermund zu verstehen ist, zeigt wieder drastisch ein Vorgang im jungen Verfassungslande Elsaß-Lothringen.

In Mülhausen i. E. besteht seit Jahren unter vortrefflicher Leitung ein Verein der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter, der jetzt 780 Mitglieder zählt. Er ist eine Filiale des Verbandes der Eisenbahnarbeiter von Elsaß-Lothringen und Luxemburg, mit dem Sitz in Straßburg-Bischheim. Der Verein hält natürlich Mitgliederversammlungen ab, in denen er „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, wie dies § 152 der Gewerbeordnung vorschreibt, die Lage der Mitglieder bespricht. Schon zu Beginn dieses Jahres nun wurde gegen den Vorsitzenden und den Schriftführer des Vereins in Mülhausen i. E. von der Werkstättenabteilung ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, weil der Vorstand es sich nicht gefallen lassen wollte, daß die Vereinsversammlungen regelmäßig von einem Kontrollbeamten der Verwaltung besucht und überwacht würden. Erst vor kurzem erfolgte deshalb wieder ein neuer Zusammenstoß mit dem überwachenden Beamten, eine Meinungsverschiedenheit, die aber in durchaus parlamentarischer Form ausgetragen wurde. Vor einigen Tagen nun erhielt der Vorsitzende ein Schreiben, das als klassisches Maßregelungsdokument der Reichseisenbahnverwaltung hier im amtlichen Wortlaut folgen möge:

Der Vorstand des kaiserlichen Eisenbahn-Werkstätten-Amtes.

Mülhausen, den 13. Juli 1911.

En den Sacharbeiter Herrn Martin Schmitt, 1. Vorsitzender des Vorstandes des Vereins der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter Mülhausens.

Hier. In der unter Ihrem Vorsth am 10. Juni d. J. abgehaltenen Versammlung des Vereins der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter Mülhausens haben Sie nach Erledigung der Tagesordnung bekannt gegeben, es sei noch eine innere Angelegenheit rein persönlicher Natur zu behandeln, wobei die Anwesenheit des von der Generaldirektion zur Teilnahme an der Versammlung beauftragten Beamten nicht erwünscht sei, um eine freie Aussprache der Vereinsmitglieder der sicherzustellen. Da der Beamte hierauf nicht freiwillig den Saal verließ, haben Sie darüber abstimmen lassen, ob die Ausschließung des Beamten erfolgen sollte. Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages haben Sie den von der Generaldirektion abgeordneten Beamten ersucht, sich zu entfernen.

Nachdem wegen der gleichen Handlungsweise Ihnen am 7. Februar d. J. mündlich eine Verwarnung und Aufforderung erteilt worden ist, muß in dem jetzigen Vorgehen eine Gehorsamsverweigerung erblickt werden, die von Ihnen in erster Linie veranlaßt worden ist und für die Sie daher verantwortlich sind.

Die von Ihnen vorgebrachten Entschuldigungsgründe vermögen Sie nicht zu entlasten. Da Ihnen mitgeteilt worden war, der Beamte sei zur Teilnahme an der Versammlung beauftragt, konnten Sie nicht im Zweifel darüber sein, daß dieser Auftrag für die ganze Dauer der Versammlung, auch für außerhalb der Tagesordnung zu verhandelnde Angelegenheiten, Geltung hatte.

Ich kündige Ihnen daher wegen der in Ihrem Vorgehen liegenden groben Disziplinwidrigkeit das Dienstverhältnis, derart, daß Sie 14 Tage nach Empfang dieses Schreibens ausscheiden.

(gez.) Bergmann.

Ein ähnlich lautendes Schreiben erhielt der erste Schriftführer Moiss Schalk, dem insbesondere zur Last gelegt wird, daß er in der fraglichen Vereinsversammlung in Unterstützung des Vorsitzenden ausgesprochen habe, die Verwaltung entfinde ihren Vertreter nur zur Teilnahme an der Versammlung während der Besprechung des geschäftlichen Teiles, nicht auch zur Teilnahme während der Verhandlung persönlicher Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung ständen. Es sei daher erwünscht, daß der Beamte den Saal verlasse.“ Am Schlusse betont dieses zweite Schreiben des Eisenbahnwerkstättenamtes, daß die Entlassung „mit Genehmigung der kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen“ erfolge.

Es verdient Beachtung, daß die Strafe der Entlassung wegen Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Vereinigungsrechtes zwei Arbeiter betrifft, die sich allezeit einwandfrei geführt haben und deren dienstliche Leistung beruht ist, daß der eine ein, der andere acht Jahre im Betriebe beschäftigt war. Daß das Ziel der Maßregelung in der Tat die Vereinstätigkeit selbst ist, geht übrigens auch daraus hervor, daß ein Regierungsrat den Gemahregelten vor ihrer Entlassung persönlich erklärt hat: „Wenn noch das geringste vorkommt, wird der Verein aufgelöst, — wir haben ausdrücklichen Befehl des Ministers!“ Damit weiß auch die hohe Polizei im Lande, was sie zu tun hat!

Die zwei Gemahregelten, die nun aus Pfälzer Gewerken sind, weiß sie ein durch Reichsgesetz den Unternehmern und Arbeitern aller Branchen gewährleistetes Recht in nur parlamentarischen Formen ausüben, werden die Verwaltung der Reichseisenbahnen nicht de- und wehmütig um ihre Wieder Einstellung bitten, indem sie für die Zukunft unbedingten Kadavergehorsam unter Abjuration aller staatsbürgerlichen Rechte geloben. Sie sind entschlossen, ihre Weiber in schwerer Kampfe um die Vorsehrstellung auch in Zukunft tatkräftig zu unterstützen. Das Gewerkschaftsstatut in Mülhausen i. E. hat sich der Sache angenommen, um zu der Maßregelung demnächst in öffentlicher Versammlung Stellung zu nehmen. Dabei wird das berühmte „Wohlvollen“ der Verwaltung gegenüber den Reichs- und Staatsarbeitern auch noch in anderer Hinsicht gebührend gekennzeichnet werden.

Die Marokkoaffäre.

Die französische Presse über die Kompensationsfrage.

Paris, 20. Juli. Wie das „Echo de Paris“ berichtet, wird es noch einige Zeit dauern, bevor eine Basis geschaffen ist, auf Grund deren endgültige Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland begonnen werden können.

Mehrere Blätter beschäftigen sich mit der Meldung, daß Deutschland als Entschädigung für Marokko das ganze Sabunggebiet samt Abreville beansprucht. „Le Temps“ schreibt hierzu: Das sind Festsstellungen, von welchen wir bedauern, daß sie von französischen Blättern überhaupt bezeichnet worden sind. Auch die aus Anlaß der deutsch-französischen Besprechung von der „Frankfurter Zeitung“ geäußerte Anregung über finanzielles und wirtschaftliches Zusammenwirken von Frankreich und Deutschland wird von den Blättern ablehnend erörtert.

Spanien und Frankreich vertragen sich wieder.

Paris, 20. Juli. Die meisten Blätter äußern ihre lebhafteste Befriedigung darüber, daß die spanische Regierung sich bereit habe, der französischen Regierung über den letzten Zwischenfall in Elkar ihr Bedauern auszusprechen. In einer anscheinend offiziellen Note wird erklärt: „Damit die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder freundschaftlich werden, ist es notwendig, daß die beiden Regierungen in weitherziger Weise die gegenseitigen Beschwerden prüfen. Kein Franzose denke daran, die Rechte Spaniens in Marokko zu beschränken, falls sie entsprechend den Frankreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen ausgedrückt werden. Die französische Regierung sei durchaus von dem Wunsche befeuert, sich freundschaftlich mit den Mitgliedern des Kabinetts zu verständigen, und die vor einiger Zeit unterbrochenen Verhandlungen unverweilt wieder aufzunehmen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli 1911.

Ovamboland und Caprivizipfel.

Die Nachricht von der Niedermelung einer deutschen Expedition im Nordosten unserer südwestafrikanischen Kolonie ist noch nicht bestätigt worden; nach Informationen, die das „Berl. Tageblatt“ beim Kolonialamt eingeholt hat, hält man aber die Möglichkeit eines blutigen Zusammenstoßes mit Eingeborenen nicht für ausgeschlossen.

Die Alarmmeldung aus dem Norden von Südwestafrika zwingt jetzt die bürgerliche Presse, zu der Ovambofrage Stellung zu nehmen. Daß sie sich zu keinem energischen Protest gegen ein neues Kolonialabenteuer aufrafft, ist bei ihr selbstverständlich. Das „V. L.“ wünscht nur, daß man in Ovamboland nicht „überfüllen“ solle. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Arbeiterfrage, die Land- und Diamantenpekulation und militärischer Betätigungsdrang die Haupttriebfedern der Ovamboaktion sind. Wer nur einigermaßen die Kolonialgeschichte, ganz besonders aber die deutsche Kolonialgeschichte, kennt und aus der Praxis weiß, wie mit den Eingeborenen umgesprungen wird, wenn die „Kulturpioniere“ auf sie losgelassen werden, dem ist klar, daß solche wohlmeinenden Ratsschlüsse vom grünen Tisch aus in die Luft gesprochen sind. Selbst wenn Major Franke die besten Absichten hat, die Ovambofrage zu regeln, so werden ihm Farmer, Kolonialkapitalisten und übereifrige Militärs das Konzept verderben. Im Interesse des deutschen Volkes sollte es uns freuen, wenn unsere Prognose der Ovamboaktion nicht zuträfe, aber der bisherige Verlauf unserer kolonialen Unternehmungen verbietet uns jeden Optimismus. Die Sozialdemokratie wird sich jedenfalls von den Ereignissen in Südwestafrika nicht überrumpeln lassen.

Der Caprivizipfel gehört zwar nicht zu dem eigentlichen Ovamboland, es wurde aber bei der Ausreise des Majors Franke in einer halb-offiziösen Korrespondenz ausdrücklich erklärt, daß die Aktion gegen die Ovambos auch mit einer „Erschließung“ des Caprivizipfels verbunden sein sollte. Die in diesem Gebiete stehenden Vorkämpfer sind vor drei Jahren durch den Hauptmann Streittwies in sehr summarischer Weise zu deutschen Untertanen gemacht worden. Sie werden aber ebensowenig wie die Ovambos geneigt sein, sich zu Fronarbeitern zu degradieren oder ihr Land herzugeben.

Wir haben auch schon erwähnt, daß die Ovamboaktion mit einer Vermehrung der südwestafrikanischen Schutztruppe verbunden werden soll, und zwar sollen Regerkompagnien errichtet werden. Eine Bestätigung dieser Mitteilung, die beweist, wie man sich die „friedliche“ Erschließung des Ovambolandes in der Praxis vorstellt, bringen die „Deutschen Nachrichten“, die aus „denkbare besser und untrüglicher Quelle“ erfahren haben, daß Staatssekretär von Lindquist im Norden Deutsch-Südwestafrikas eine schwarze Kolonialtruppe außer der Polizeitruppe schaffen will. Natürlich kann das der Staatssekretär nicht aus eigener Machtvollkommenheit tun, sondern ist dazu an die Zustimmung des Reichstages gebunden. Der alte oder der neue Reichstag wird sich also, wie wir schon vorausgesetzt haben, mit der Ovambofrage befassen müssen. In welchen Konsequenzen das für die innerpolitische Situation unter Umständen führen kann, haben wir in unserer Ovamboartikeln bereits dargelegt.

Unruhen in Deutsch-Ostafrika.

Aus Deutsch-Ostafrika meldet das Kommando der dortigen Schutztruppe, daß in der Landschaft Urundi Karawanen farbiger

Händler ausgeraubt und niedergemacht worden sind. Da auch Polizeipatrouillen beschossen wurden, hat das Kommando dem Residenten von Urundi, Hauptmann v. Langen-Steinkeller anheimgestellt, mit einer aus der in Usumbura stehenden neunten Kompagnie und einem Teil der in Udjiji stehenden sechsten Kompagnie gebildeten Expedition gegen die Unruhstifter einzuschreiten. Den Vorgängen wird im übrigen an zuständiger Stelle ernstere Bedeutung nicht beigemessen.

Gute Geschäftsleute.

Es ist nichts Seltenes, daß die „Diener des Herrn“, der nach einem Bibelwort nicht wußte, wohin er sein Haupt legen sollte, den Wert des Geldes recht hoch einschätzen und vorzüglich zu rechnen verstehen. In einem Prozeß, der kürzlich von den oberösterreichischen Franziskanern gegen die „Kattowitzer Zeitung“ angetragt worden war, wurde der verantwortliche Redakteur dieses Blattes zu einer Geldstrafe und Erstattung der Kosten verurteilt. In der darauf von den Klägern präsentierten Kostenrechnung fand sich nun, wie die „Kattowitzer Zeitung“ berichtet, eine Position von 40 Pf., die von dem nachprüfenden Richter mit der Begründung abgesetzt worden ist: „Rechtsanwalt und Justizrat Porch hatte keinen Anspruch auf Erstellung der Abschrift, die Kosten sind daher von ihm einzuziehen.“ Aber es kommt noch besser! Der Fürstbischof in Breslau und der Reichsgraf Oppersdorff sowie die „Schlesische Volkszeitung“ bekundeten ihr großes Interesse an dem Prozeß, indem sie sich Abschriften geben ließen. Auch diese Kosten in Höhe von 8,50 Mk. hat der gegnerische Anwalt der „Kattowitzer Zeitung“ gütigst auf die Rechnung gesetzt. Das königliche Amtsgericht Kattowitz hat aber auch diese Position gestrichen und zur Begründung angeführt: „Der in den Positionen X angeführte Schriftwechsel ist rein privater, teilweise parteipolitischer Natur. Mit Beobachtung des Prozesses in seiner des Rechtsanwalts Herrschaft Anfang hört natürlich auch die Tätigkeit des Anwalts (Verteidigers) auf. Verfolgt er aus persönlichem Interesse den Prozeß weiter, dann darf er Schreibgebühren und Porto für diesbezügliche Schriftstücke nicht in Ansatz bringen; das gleiche gilt von Urteilsabschriften usw. an den Fürstbischof und den Reichsgrafen Oppersdorff sowie an die „Schlesische Volkszeitung“.“

Auch der Privatkläger, Patet Rogosch, hat der „Kattowitzer Zeitung“ eine so hohe Rechnung aufgemacht, daß das Gericht dagegen eingeschritten ist. Rogosch bezifferte seine Reisekosten auf 50 Mk. und 8 Mk. Das königliche Amtsgericht hat hier von 88 Mk. gestrichen, indem es hierzu bemerkt: „Für zwei Termine in Kattowitz und einen Termin in Weuthen erscheinen noch 20 Mk. und 3 Mk. bei dem Verufe des Privatklägers als sehr hoch bemessen.“

Sollte nicht doch das Amtsgericht die Lebenshaltung des Paters Rogosch zu niedrig eingeschätzt haben.

Wassermann als kleineres Uebel.

Die Kandidatur Wassermann in Saarbrücken scheint auf recht schwankendem Boden zu stehen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bezeichnet diese Kandidatur direkt als ein Verlegenheitsprodukt. Sie erzählt:

„Die Kandidatur Wassermann, mit Hebeln und mit Schrauben durch mühsame Kulissonarbeit endlich zum Beschluß der Wahlkreisinstanzen erhoben, ist hier von Anfang nicht anders aufgefaßt und eingeschätzt worden, denn als ein Verlegenheitsprodukt, in Ermangelung eines eigenen zugriffsfähigen Bewerber aus dem Saargebiet, der den verschiedenen Strömungen des hiesigen Liberalismus genähert wäre. Bevor man veranlaßt wurde, auf den wohnungslosen Parteiführer die Augen zu lenken, hatte die hiesige Parteileitung bei dem Generaldirektor eines bedeutenden auswärtigen Industrieunternehmens angeknüpft, dem von seiner hiesigen Wirkamkeit im Staatsdienste her die Sympathien gerade der handarbeitenden Bevölkerung in großem Umfang treugeblieben sind.“

Dieser Generaldirektor ist niemand anderes als der aus dem Staatsdienst geschiedene Geheimrat Hülger. Wie gerade dieser Mann, dessen diktatorisches Auftreten in einem umfangreichen Prozeß aufgedeckt worden ist, das Vertrauen der Arbeiterbevölkerung genießen soll, das ist und bleibt offenbar das Geheimnis der Scharfmacher. Verühligend wird dann noch bemerkt:

„Legter Tage war auch zu lesen, daß die Kreise im Hansabund für Wassermann verhängnisvoll werden könnte. Unser Gewährsmann kann aus bester Kenntnis der Verhältnisse diese Gefahr nicht so hoch einschätzen. Die Ortsgruppe Saarbrücken des Hansabundes steht nach dem Austritt der führenden Männer des Wirtschaftslbens allerdings nur noch auf dem Papier, aber die Industrie hat sich nun einmal, in ruhiger Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände, mit der Kandidatur Wassermann als dem kleineren Uebel abgefunden, und wenn sie auch begreiflicherweise nicht den mindesten Anlaß hat, mit Feuer und Flamme für den gegenwärtigen nationalliberalen Parteiführer zu agitieren, so wird sie einer Wahl Wassermanns doch kein Hindernis in den Weg legen.“

Für die Nationalliberalen muß es doch ein recht erhebendes Gefühl sein, wenn ihnen von den Scharfmachern jeden Tag unter die Nase gerieben wird, daß ihr Führer eigentlich nur ein Uebeldecker im Wahlkreis Saarbrücken ist, den man nur deshalb ertägt, weil man in ihm das kleinere Uebel erblickt.

Offizierschere und Kientöppe.

Die Leiter des Kuffhäuserbundes der deutschen Landwehrverbände werden in ihrer Sorge um die Frucht und Bestimmung des deutschen Volkes von schweren Verdauungsstörungen geplagt. Schuld daran sind die Kinematographen, das heißt die schlechten; denn wie es zwei Arten von Menschen gibt, nämlich die guten, die für alle Militärforderungen eintreten, und die bösen, die nicht in dem Unteroffizier einen Stellvertreter der göttlichen Gerechtigkeit auf Erden erkennen, so gibt es auch zwei Arten von Kientöpfen, die guten und die schlechten oder unsfürzlerischen. Die guten sind die, welche schöne Schlachtenbilder, Manöver, Parademärsche, Kasernen-Idyllen oder Szenen aus den Kriegsbüchern hoher Heerführer zeigen; die schlechten sind dagegen die, welche im Wilde darstellten, wie auf den Erzgerlepflügen die Rekruten geschuhriegt werden, oder wie die Offiziere mit Damen der Halswelt souperieren. Denn die Darstellung derartiger unsfürzlerischer Szenen, die in Deutschland bekanntlich niemals vorkommen, verbietet nicht nur das fromme Gemüt des deutschen Volkes, sondern raubt ihm auch den Respekt vor dem Offizierskorps, den freudigen Gehorsam und die rechte Stillschicklichkeit.

Deshalb ermahnt die „Kuffhäuser-Korrespondenz“ die „nationalen“ Kreise, daß sie solche unsfürzlerischen Kientöpfe meiden und nur in den guten ihr Gemüt bilden solle. Besonders gilt es solche Kinematographen zu boykottieren, in denen Ehebruchszenen dargestellt werden, an denen auch Offiziere beteiligt sind. Recht amüsant heißt es nämlich in dem geprehten Herzensschrei der „Kuffhäuser-Korrespondenz“:

„Zuerst hat man sich mit Vertretern fremder Offizierskorps begnügt, zumeist waren es französische Offiziere und sinds vielfach noch heute, die zu Hauptbühnen jener Ehebruchgeschichten gestempelt wurden. Das hat seine natürliche Erklärung darin, daß die Filme meist französische Erzeugnisse waren. Jetzt aber findet man ebensovieler Pramen vorgeführt, die den deutschen Offiziersstand in den Schmutz ziehen. Die Veranstalter und Unternehmer, die es zumeist auf Sensationsmachere und Geldverdienen abgesehen haben, fragen natürlich nicht danach, ob durch die von ihnen verzapfte „Kunst“ der Offiziersstand beleidigt und in

den Augen der Landsleute und auch der Fremden herabgesetzt wird, wenn nur ihre Portemonnaie dabei voller wird! Zum schon sozialdemokratische und andere Gezeitungen täglich das ihrige in überreichem Maße, um gerade den ihnen verhassten preussisch-deutschen Offizier zu schmähen und zu beleidigen. So tragen die Kinematographen dazu bei, diesen Tausenden den letzten Rest von Hochachtung vor dem Offiziersstand zu nehmen. Das Befürchtete dabei ist, daß den Vorführungen in der Regel viele Kinder heideler Geschlechts, oft auch aktive Soldaten beiwohnen, die für den halben Preis sich die Dramen ansehen können. Was sollen diese schließlich von dem Offiziersstande denken, wenn seine Vertreter, die ihre Vorgesetzten sind, so nichtswürdige Rollen spielen? Was soll in den Kinderherzen für Hochachtung groß werden, wenn sie immer wieder Offiziere als Ehebrecher auftreten sehen? ...

Ehrwürdig, Disziplin werden untergraben und das Vaterland wird genau so wie durch die herabgezogenen Wipplinger vom Schlege des „Simplissimus“ vor dem Auslande bloßgestellt. Die Gefahr der Untergrabung des Autoritätsgefühls ist um so größer, als die Filme durch Reklamafalten in die entferntesten Gegenden des Vaterlandes gebracht werden und auch dort die Subelarbeit an dem Offiziersstand beginnt, wo bisher solch nichtswürdiges Tun unbekannt war. Es muß einmal gesagt werden, daß es ein leichtfertiges und verächtliches Unterfangen ist, unseren tapfern, an Ehren überreichen Offiziersstand, der unseres Vaterlandes und seiner Wehrmacht feste Säule ist, den Stand, von dem Bismarck das Wort prägte, daß ihn uns keine Macht der Welt nachmachen kann, in den Schmutz- und Lasterhöhlen der Kinematographen durch bildliche Darbietungen befuden zu wollen.“

Warum fordert der Kuffhäuserbund nicht gleich ein Gesetz zum Schutz der Offizierschere vor nichtswürdigen beleidigenden Darstellungen unsfürzlerischer Kientöpfe. Vielleicht ließe sich dieses Gesetz zugleich mit einer Beamtierung solcher Kientöpfe verbinden, die einem naiven Publikum zeigen, wie Kaiser, Könige und andere Potentaten über krachende Granaten hinwegreiten, oder andere unmögliche Heldentaten vollführen. Auf etwas mehr oder weniger Unfuss kommts doch nicht an.

Die württembergische Zweite Kammer

hat in ihrer Sitzung vom Dienstag das neue Sportgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. In der der Ablehnung vorausgegangenen Sitzung kam es noch zu lebhaften Auseinandersetzungen über einige höchst bedenkliche Sporterteil. Wir greifen nur einige der wichtigsten heraus. Die Regierung schlug vor, für die Erstellung der Erlaubnis zur gewerbsmäßigen öffentlichen Veranstaltung von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schauspielen von Personen oder theatralische Vorstellungen ohne höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft 25 bis 100 Mk., ferner für Musikdarbietungen, Schauspielen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten 50 Pf. bis 100 Mk. Sportel zu erheben. Die Kommission, die noch ausdrücklich die kinematographischen Veranstaltungen im Gesetz namentlich aufführt, beantragte eine Abgabe von 3 Prozent der Kasseinzahlungen, wolle aber weiter bestimmen, daß der Betrag der Abgabe auch auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Steuerpflichtigen und der Steuerbehörde festgesetzt werden könne. In diesem Falle sollte die Abgabe betragen 50 Pf. bis 100 Mk. für einen Tag, 8 Mk. bis 200 Mk. für eine Woche, 50 bis 2000 Mk. für ein halbes Jahr, 75 Mk. bis 3000 Mk. für ein Jahr. Die Abgabe soll vor Beginn der Veranstaltungen entrichtet werden.

Von der Abgabe befreit sollen sein wohlthätige Veranstaltungen und solche, die ausschließlich belehrenden oder religiösen, sowie höheren künstlerischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen, wenn der Ertrag der Veranstaltung nicht zur Erstellung eines Geminnes für den Unternehmer bestimmt wird. — Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Bestimmung, weil, wie der Abgeordnete Heymann (Soz.) in der Begründung des Antrags hervorhob, der künstlerischen Entfaltung und Entwicklung, die jetzt auch die Arbeitermassen stark erfasse, durch solche Steuern schwere Fesseln angelegt würden. Der vorgesehene Höchstfuß der Sportel sei geeignet, künstlerische Veranstaltungen überhaupt unmöglich zu machen, vielfach handle es sich dabei auch um ideale Bestrebungen von jungen Künstlern, sich einen Namen zu machen. Außerdem werde der Steuerdruck auf die Kunst und Tor geöffnet. — Der Antrag der Sozialdemokratie wurde jedoch mit 57 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur noch zwei Volksparteiler. Der Kommissionsantrag wurde angenommen. — Für eine Renaturalisationsurkunde verlangte die Regierung eine Sportel von 50—150 Mk., die Kommission wollte die Sportel auf 500 Mk. erhöhen. Dagegen wandte sich die Sozialdemokratie, die einen Gegenantrag machte, nach welchem sich die Sportel in einem Rahmen von nur 10—150 Mk. bewegen sollte. Der Antrag wurde abgelehnt. Nachdem es der sozialdemokratischen Fraktion nicht gelungen war, die argsten Anstände aus dem Gesetz zu entfernen, stimmten sie in der Schlußabstimmung gegen die ganze Vorlage.

Auch eine Abgabe an den Hansabund.

Der 10. Bundesstag des Bundes deutscher Gastwirte, der zugleich in Kassel stattfindet, beschloß fast einstimmig, den vorjährigen Bundesstabsbeschluss in Stuttgart, der sämtlichen Vereinen und Verbänden des Bundes den korporativen Beitritt zum Hansabund empfahl, aufzuheben, weil der Hansabund nach Ansicht der Bundesleitung eine politische Interessenvertretung sei. Weiter wurde beschlossen, den 20. Bundesstag des Bundes deutscher Gastwirte im Juni 1912 in Nürnberg abhalten zu lassen.

Die Partei-Nadel.

Der unter dem Patronat des Hrn. Raumann stehende Verlag „Fortschritt“ handelt jetzt auch mit Zuckernadeln aus drei übereinandergeordneten heraldisch geformten Pfeilen in schwarzer, roter und gelber Emaille, die von links nach rechts stehen. Das Gemeinheitsgefühl und der Vorkriegsstolz sollen auf diese Art unter den Liberalen gehoben werden. Für Frauen wird eine gleichartige Partei-Nadel hergestellt. Der Ueberblick aus diesem Handel sieht zum Teil der fortschrittlichen Parteiklasse zu. Wenn Gemeinheitsgefühl und Vorkriegsstolz erst auf diese Weise gewirkt werden müssen, dann muß es damit bei denen um Raumann weit schlechter bestellt sein, als man bisher annahm.

Um was sich die Bezirkskommandos kümmern.

Unlängst konnte man lesen, daß in Preußen die Landratsämter es mit ihrer amtlichen Tätigkeit für vereinbar halten, Flugblätter zu verteilen. Eine ähnliche Tätigkeit über die Bezirkskommandos in Sachsen aus. Sie verteilen an Reservisten Schriften, in denen zum Beitritt zum Militärverein aufgefordert wird. Es heißt darin u. a.:

„Kameraden!
Ireu haben Sie dem König und dem Kaiser gedient, und Sie kehren nun zurück in den bürgerlichen Beruf. Die Treue zu König und Vaterland, Kaiser und Reich soll die aktive Dienstzeit überdauern und weiter Ihre Richtschnur im bürgerlichen Leben sein.“

Sie sind nun eingetreten in die zweite Armee im Bürgerrode, wie der Kaiser seine alten Soldaten genannt. Auch diese Armee ist berufen, in der Stunde der Gefahren das stehende Heer zu ergänzen. In friedlichen Zeiten verteilt sie sich in die Militärvereine usw.“

Dann wird auf die gebotenen Unterweisungen hingewiesen und damit renommiert, daß schon über 200 000 „Kameraden“ in Sachsen im Militärvereinsbund vereint sind. Unterzeichnet ist das Blatt: Das Präsidium des königlich sächsischen Militärvereins-Bundes.

Diese agitatorische Tätigkeit der Bezirkskommandos ist völlig unzulässig. Sie beweist, daß die Kriegervereine Organisationen sind, die unter der Aufsicht der Militärverwaltung stehen. Mit der Verteilung dieser Flugblätter leiten die Bezirkskommandos tatsächliche politische Wahlarbeit. Wie verträglich das mit dem so ostentativ verkündeten Grundsatz, daß die Politik aus der Kammer fernzuhalten ist?

Zur Reichstagswahl in Düsseldorf.

Der Führer der Demokratischen Vereinigung Dr. Breitscheid - Berlin nahm die ihm angebotene Kandidatur zu der am 19. September in Düsseldorf stattfindenden Reichstagswahl an.

Schweiz.

Krapotkin darf vorläufig bleiben.

Die Presse meldet, daß der Bundesrat den vor dreißig Jahren aus der Schweiz ausgewiesenen Fürsten Krapotkin neuerdings ausweisen, also die Ausweisung aufrechterhalten oder erneuern wollte und nur der Umstand, daß er wirklich krank, brustkrank, ist, rettete ihn und den schweizerischen Bundesrat vor einer Tat der Barbarei. Dagegen erklärt die Regierung des Kantons Tessin vom Bundesrat die Weisung, an ihn zu berichten, sobald Krapotkin Minusio, seinen jetzigen Aufenthaltsort, oder die Schweiz verläßt.

Nur die allerhöchsten ausländischen Verbrecher werden aus der Schweiz auf Lebenszeit ausgewiesen, die politischen Ausweisung erfolgen dagegen immer auf Zeit, so daß der nun 70jährige Krapotkin nach dreißig Jahren noch immer der Ausgewiesene und Verfolgte ist, während er, wie berichtet wird, sogar in Rußland amnestiert ist.

Wenn von Barbareien der gegenwärtigen Staaten die Rede ist, darf man nicht vergessen, auch die Schweiz zu nennen.

England.

Reaktionärer Kurs der liberalen Regierung.

London, 18. Juli. (Fig. Ver.)

Außer der Ernennung Lord Ritchers zum Sattapan von Kgypten zeigt die auswärtige Politik des englischen liberalen Kabinetts auch noch in einem anderen Falle ihre reaktionäre Manier. Es handelt sich um die Affäre des Fräuleins Maleda. Fräulein Maleda ist eine englische Bürgerin, die vor drei Monaten in Rußland verhaftet wurde und seit der Zeit in einem Warschauer Gefängnis schmachtet, ohne daß irgendeine bestimmte Anklage gegen sie erhoben worden ist. Ihr Vater war russischer Untertan, der lange Jahre in England lebte und sich naturalisieren ließ; ihre Mutter war eine Engländerin. Die russische Regierung behauptet nun, Fräulein Maleda sei Russin, da ihr Vater als Russe geboren wurde. Diese Ausrede wollen die freigeistlich gesinnten Elemente des englischen Volkes jedoch nicht gelten lassen. Sie fordern den Minister des Auswärtigen auf, dem englischen Recht, nach dem Fräulein Maleda englische Bürgerin ist, gegenüber den Ansprüchen eines barbarischen Staates Respekt zu verschaffen und entweder die Untersuchung der gegen die Gefangene gerichteten Anklage oder ihre Befreiung herbeizuführen. Das sozialdemokratische Organ „Justice“, das sich zuerst der Sache annahm und eine Reihe freigeistlich gesinnter bürgerlicher Politiker an dem Schicksal des Fräuleins Maleda interessiert hat, weist in seiner letzten Nummer darauf hin, wie anders Salisbury oder Palmerston gehandelt haben würden als Sir Edward Grey, der sich im Parlament mit leeren Ausreden über die Angelegenheit hinwegsetzt. Es führt den Fall des Don Pacifico, eines portugiesischen Juden an, dessen Interessen, obwohl seine englische Staatsbürgerschaft weit weniger sicher war als die des Fräuleins Maleda, dennoch von Palmerston mit Energie und Erfolg gegen Griechenland, Rußland und Frankreich verfolgt wurden. Palmerston äußerte damals die stolzen Worte: „Ein britischer Untertan, in welchem Lande er sich auch befinden mag, soll die Sicherheit haben, daß das wahre Auge und der starke Arm Englands ihn gegen Ungerechtigkeit und Unrecht schützen werden.“

Auf der einen Seite das Arierchen vor dem zarischen Hente, auf der anderen die Brutalität gegen die Ägypter: das ist der Inhalt der auswärtigen Politik des englischen Liberalismus.

Das Unterhaus und die internationale Lage.

London, 20. Juli. (Unterhaus.) Sir Edward Grey wiederholte auf eine weitere Anfrage über die Ernennung Lord Ritchers die Erklärung, daß die Ernennung keinerlei Anerkennung der Politik Großbritanniens in Kgypten in sich schließe und teile ferner mit, daß die Ernennung keinen militärischen Charakter trage. Der Abgeordnete Wedgwood fragte, ob es angesichts der übertriebenen Forderungen Deutschlands an Frankreich nicht gut sein würde, wenn dem Hause Gelegenheit gegeben würde zu einer Diskussion über das Budget des Auswärtigen Amtes, damit Grey eine Erklärung abgeben könne. Esquith erwiderte: Ich halte es nicht für wünschenswert, daß Angelegenheiten dieser Art in Gehalt von Ergänzungsfragen zur Sprache gebracht werden. Auf die an Sir Edward Grey gerichtete Anfrage, ob er Kenntnis von den Verhandlungen über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich habe, und ob Verhandlungen ähnlicher Art auch zwischen Großbritannien und Frankreich stattfänden, erwiderte der Minister: Ich kann keine Erklärungen abgeben über zwischen anderen Mächten stattfindende Verhandlungen, an denen wir nicht teilnehmen. Den zweiten Teil der Frage habe ich zu verneinen.

Rußland.

Berechnungssymptome in der Armee.

Obgleich die russische Armee und die Marine hermetisch von der Öffentlichkeit abgeperrt sind, dringen in der letzten Zeit immer häufiger Nachrichten in die Presse, wonach es um die wichtigsten Stützpunkte des Zarismus keineswegs glänzend bestellt ist. Höchst charakteristisch ist in dieser Beziehung ein Artikel des militärischen Organs „Naschewskij“, in welchem über die Flucht der Offiziere aus der Armee bittere Klagen geführt wird. Ein Offizier schreibt dort: „Nachdem ich fast zehn Jahre im Osten gedient habe, kann ich behaupten, daß der Offiziersbestand sich nicht nur täglich, sondern stündlich ändert: so sind von 1906 bis 1911 aus einem Regiment allein 74 Offiziere ausgeschieden. Die meisten Offiziere, die nach dem fernem Osten versetzt werden, werden über die goldenen Berge, die ihnen versprochen wurden, bitter enttäuscht und schon nach ihren ersten Schritten taucht der Gedanke bei ihnen auf, so schnell wie möglich von hier zu entfliehen.“

Eine interessante Illustration zu dieser Klage des offiziellen Organs, das natürlich das Wichtigste verschweigt, bietet folgender Brief aus Drenburg:

„Ich betrachte es als notwendig, wenn auch mit einer kleinen Verspätung, folgende authentische Tatsachen mitzuteilen:

1. Von einem Offizier aus Tschkent (Turkestan) ist bei dessen Eltern ein Brief eingetroffen, in welchem der Briefschreiber sich über die Zustände in der Armee bitter beklagt: „Die Stimmung der Truppen ist die allerhöchste, sie wollen nicht ausrücken, drohen die Offiziere zu ermorden, rebellieren. Zwei Offiziere sind bereits ermordet.“

2. In Drenburg selbst äußerte sich ein Kosakenoffizier buchstäblich folgendermaßen: „In den japanischen Krieg bin ich als Freiwilliger gegangen. Jetzt aber möge man mich mit Gewalt holen, ich weigere mich kategorisch.“

3. Eine Unterhaltung zwischen den Soldaten: „Erinnerst du dich, Bruder, wie wir die Japaner mit unseren Mützen toschlugen! Womit werden wir jetzt die Chinesen schlagen? Wohl mit den verfaulten Stiefeln, die bei der Intendantur gefunden wurden?“

4. In Drenburg traf vor einigen Wochen ein geheimes Zirkular ein, wonach die Entsendung von einigen Kompagnien Soldaten zur „Beruhigung“ der Truppen in Tschkent verlangt wurde.“

Soweit der Briefschreiber. Ergänzend sei bemerkt, daß die Gärung der Truppen in Tschkent mit den Mobilisationsmärschen zusammenhängt, die während des jüngsten Konflikts mit China in der Nähe von Kuldja unternommen wurden. Es ist klar, daß nichts so sehr die Gärung in der Armee beschleunigen könnte als ein neues kriegerisches Abenteuer. Aber die verfahrenere innere Situation drängt die Petersburger Wabanque-Politiker immer mehr auf diesen Weg, der ihren Untergang besiegeln muß.

Persien.

Die Rückkehr des vertriebenen Schahs.

Petersburg, 20. Juli. Die der Petersburger Telegraphenagentur aus Asterabad vom 19. d. Mts. gemeldet wird, ist der frühere Schah Mohammed Ali in dem etwa zwanzig Meilen von Asterabad entfernt liegenden Omischall eingetroffen. Die Vertreter der Stadt Asterabad werden sich heute dorthin begeben.

Teheran, 20. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die persische Regierung soll die Absicht haben, dem englischen und russischen Gesandten eine energische Note zu überreichen, in der sie der häufigen Vorstellungen bei dem englischen und russischen Gesandten in Angelegenheit der Umtriebe des früheren Schah seit dessen Abreise aus Persien Erwähnung tut und ihre Ueberwachung und ihr Bedauern ausdrückt, daß die russischen Behörden es versäumt hätten, das Versprechen einzuhalten, das im Artikel 11 des Protokolls vom 25. August 1906 enthalten ist. Die persische Regierung erklärt, daß Rußland die Verantwortung für alle Unruhen und Verluste an Eigentum trage, die aus der Landung des früheren Schah entstehen können.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Redakteure im Gefängnis.

Genosse Heise vom Steiner „Volkshorn“ verhielt kürzlich eine Gefängnisstrafe von vier Monaten in der Strafanstalt in Stargard in Pommern. Auf seinen Antrag wurde ihm Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung gewährt, auch darf er eigene Kleidung und Wäsche sowie seine Taschenutensilien. Als Bekleidung sind ihm außer verschiedenen Wägern, die er sich gewünscht hat, die „Offener-Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ gestattet worden. Damit ist das öffentliche Pommern immer noch fortschrittlicher als der industrielle Westen, denn Genosse Heise aus Dornum hat bis heute keinerlei Vergünstigung erhalten.

Die Sozialdemokratie in Bosnien-Herzegowina.

hielt vorige Woche ihren dritten Kongreß ab, an dem 97 Delegierte und die Vertreter der Bruderparteien der deutsch-österreichischen, tschechoslowakischen, serbischen, kroatischen und ungarischen Sozialdemokratie teilnahmen. Obgleich die Bedingungen für die Partei noch weniger günstig liegen als für die Gewerkschaften, hat sie heute 2077 Mitglieder, 373 mehr als im Vorjahr. Das in 3800 Exemplaren zehnmal wöchentlich erscheinende Parteiblatt „Was Stobode“ (Stimme der Freiheit) soll dreimal in der Woche herauskommen und bald eine eigene Druckerei errichtet werden. Das sozialistische Halbwochenblatt „Der Eisenbahner“ erscheint in 2000 Exemplaren. Auf dem Kongreß wurde lebhaft Klage geführt, daß die Behörden die Arbeiterbewegung brutal verfolgen. Arbeiter der Staatsbergwerke wurden entlassen, weil sie Urlaub zum Kongreß verlangten usw. Der Regierungsvertreter drohte die Besprechung dieser Zustände wiederholt mit der Auflösung des Kongresses, der sich im übrigen noch mit der österreichisch-ungarischen „Kolonialpolitik“ und dem arbeiterfeindlichen Gemeindefiskuswesen befaßte.

Personalien. Genosse Wilhelm Düweil, der seit sechs Jahren in der Redaktion des „Vorwärts“ tätig ist und den Handelsteil bearbeitet, hat seine Kündigung eingereicht und wird am 1. Oktober aus dem Redaktionsverbande des „Vorwärts“ ausscheiden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kein hartgefotterter Lügenbeutel?

Der Redaktion der „Münchener Post“ ging vor einiger Zeit, nachdem sie lange den Zentrumsredakteurs schloß attached worden war, die Geduld aus; sie stellte, um ein Exempel zu statuieren, gegen den Redakteur Salm des Traunsteiner Zentrumsblattes Verleumdungsklage. Salm wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Mit der Publikation des Urteils veröffentlichte der wadere Verfechter der „guten Sache“ gleichzeitig einen Artikel, der die Verleumdungen wegen deren er bestraft wurde, wiederholte. Es war von der „Münchener Post“ als von einem Lügen- und Schwindelblatt geschrieben und von anderem mehr. Wegen dieser ordentlichen Schimpfergüsse wurde der Redakteur zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Artikel der „Frankfurter Tagespost“, der sich mit dieser zweiten Verurteilung des Zentrumsredakteurs beschäftigte, trug die Überschrift: „Ein hartgefotterter Lügenbeutel“. Herr Salm aus Traunstein, der die Ehre anderer Leute so wenig respektiert, zeigte sich selbstamerweise auf einmal sehr empfindlich und stellte Verleumdungsklage. Zur Verhandlung am Nürnberger Schöffengericht sandte Herr Salm den Rechtsanwalt Zeiler.

In Nürnberg bemühte sich Herr Zeiler mit gewaltigem Stimmenschrei, das entsetzliche Unrecht, das dem Zentrumsredakteur angetan wurde, dazutun. Der wadere Traunsteiner Anwalt des Rechts sprach sogar davon, daß — die ganze Ordnung unserer Gesellschaft untergraben würde, wenn der Redakteur der „Tagespost“ nicht exemplarisch bestraft würde.

Das Gericht tarnte die durch den Ausbruch „hartgefotterter Lügenbeutel“ so stark lädierte Ehre des Traunsteiner Zentrumsredakteurs Salm auf 15 M., zu welcher Strafe Redakteur Genosse Böllner verurteilt wurde.

Jugendbewegung.

„Jugendpflege“ und Reformformel. Der Ausschuh für „nationale Jugendpflege“ in Jwocha (Kreis Delitzsch) hielt kürzlich einen Familienabend ab, der zur

Reifung der Jugend bestimmt war. Wie unser Hallesches Parteiblatt einem Bericht der „Delitzscher Zeitung“ entnimmt, begann die Feier mit dem Gesänge eines „patriotischen“ Liedes, worauf ein Pastor Schuler eine politische Rede über die Ziele und Zwecke der Jugendpflege hielt, in der er hervorhob, daß Schule, Staat, Gemeinde und Familie jahreslang für die Jugend nichts getan hätten. Die Ereignisse vor Agadir gaben dem fromm-archaischen Herrn Veranlassung, eine „hochblut nationaler Begeisterung“ zu erzeugen, die in den Worten des blutigen Gewaltmenschen Bismarck ausklang: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf dieser Welt!“ Einige Lehrer hielten dann einen ebenfalls politischen, durch Lichtbilder erläuterten Vortrag über die Entwicklung des Kriegesbewußtseins. Die Versammelten sangen darauf die „Wonnegans“, ein Gesangsverein qualte sich mit dem Liede Hurra, Germania! ab, und die Schüler der ersten Klasse produzierten sich auf den ihnen gestifteten Trommeln und Pfeifen. Zum Schluß knüpfte man den jungen Leuten noch 15 M. im Wege einer Tellerammlung ab. — Das dürfte zur Charakterisierung der preussischen staatlich konzeptionierten „Jugendpflege“ genügen! Die Ordnungsgewalt dürfen ungeachtet der Jugend politische und Kriegsheldentum halten, die proletarische Jugend entrechtet man durch Ausnahmegesetze und hebt ihr den Polizisten hinterher!

Aus Industrie und Handel.

Der Terror des Kalisyndikats.

Schon an der Wiege des Kalisyndikats stand der Terror. Unter hervorragender Mitwirkung der preussischen Regierung wurden syndikalunlustige Unternehmer durch Drohungen in die Kartellorganisation hineingetrieben, das Syndikat hat dann gegen auftretende Werke den Kampf mit allen nur erdenklichen Mitteln schonungslos geführt. Wie ungenügend der Syndikatsterror hier geübt wurde, zeigte die Meldung in der Syndikatpresse im November 1909, daß es gelungen sei, die Eis-Verladepfähle für die Schmidtmannschen Lieferungen zu sperren. Eine Verfrachtung auf der Weser, so hieß es in der Mitteilung des Syndikatserfolges weiter, könne für Wasserleben und Soffstedt (aufstehende Werke) wegen ihrer Unzulänglichkeit nicht in Frage kommen, der Eisenbahntransport nach Hamburg aber werde erheblich teurer und in bezug auf die Schwierigkeiten der Wagengestellung für Wasserleben und Soffstedt nachteilig sein.

An seinen terroristischen Gespinnsten hält das Kalisyndikat unerbittlich fest, wie eine Mitteilung aus Händlertreisen beweist, die in der Handelspresse veröffentlicht wird. Im Juli dieses Jahres erhielten Düngehandelshandlungen ein Zirkular, in dem das Syndikat ihnen mitteilte, daß solche Händler, die das Dünge mittel Phospholith führen, keine Kalisalze mehr erhalten. Das Syndikat wollte seine Produkte den betreffenden Händlern weiter liefern, wenn letztere sich durch einen Revers verpflichten, nie wieder Phospholith zu führen. In diesem Revers muß sich der Händler zu einer sofort fälligen an das Kalisyndikat abzuführenden Konventionalstrafe von 100 M. verpflichten, wenn er sich nachmals mit dem Verkauf des Phospholith befaßt.

Phospholith ist ein Gestein vulkanischen Ursprungs, das in der Gifel gebrochen wird. Es enthält Kali ohne Beimischung von Chlor sowie Kieselsäure.

Charakteristisch ist, daß das Syndikat in dem erwähnten Rundschreiben an die Händler ausdrücklich erklärt: „Wir werden hier von (etwaige Sperre der Lieferung von Kalisalz bei Phospholith) durch Rundschreiben den sämtlichen Händlern Kenntnis geben und besonders diejenigen Ihrer Gegend benachrichtigen, damit diese unsere Interessen wahrnehmen und dafür Sorge tragen, daß unser Absatz am dortigen Platz nicht zurückgeht.“ Hier wird aus Unvorsichtigkeit im Eifer des Geschäftes zugestanden, daß die Phospholithfrage für das Kalisyndikat nur eine Frage des eigenen Absatzes ist. Von den gleichen hohen Auffassungen dürften auch jene agrarischen Organisationen erfüllt sein, die Kostgänger des Kalisyndikats sind, und an dessen hohen Umsätzen durch Bezug von Provisionen und Propagandageldern interessiert sind. Deshalb werden sie in dem Kampfe gegen Phospholith gewiß auch dem Syndikat treu zur Seite stehen, die Rücksicht auf die Bauernschaft wird die durch Geldgeschenke gestützte Bundestreue nicht erschüttern können.

Der beweiskräftigste Material gegen den Terrorismus sucht, dem kann nur empfohlen werden, die Praxis des Kalisyndikats sorgfältig zu studieren. Gesteigert wird das Interesse an der Politik des Kalisyndikats noch dadurch, daß zu seinen einflussreichsten Mitgliedern bekanntlich der Bund der Landwirte und der preussische Fiskus zählen.

Börsenrummel.

Es ist late Zeit auf dem Papier- und Geldmarkt. Im großen und ganzen herrscht jetzt Waise. Von 81 größeren Kolonialgesellschaften zahlten für 1910 45 keine Dividende. Die Neugründungen des vergangenen Jahres sind mitgezählt. Unter 40 Plantagengesellschaften zählten nur 11 Dividenden. Bei den Diamantengesellschaften läßt sich die Dividende nicht kontrollieren, weil hier die G. m. b. H. vorherrscht, denen keine Bilanzpflicht obliegt. Den größten Gewinn — 2000 Proz. — verteilte die Koloniale Bergbaugesellschaft, die der kürzlich im „Vorwärts“ besprochenen Stauchgruppe angehört. Das fernste Geschäft machen die Kolonialbanken, deren wir bis jetzt 6 besäßen. Das eigentliche Finanzkapital hat bei dem ganzen Kolonialtrubel und -jubiläum alle n Blüten und zu jeder Zeit Honig geerntet.

Dies läßt sich aus einem Beispiel aus den jüngsten Tagen recht deutlich erkennen. Die Kalaalands- und Kineengesellschaft, ein Tochterunternehmen der South West Africa Co., hat seit ihrem Bestehen noch kein einziges Mal Dividende gezahlt. Ihr Besitz an Gold ist äußerst fragwürdig. Die Aktien dieses Unternehmens, die es 1906 unter dem Diamantenrausch auf einen Kurs von 130 Proz. brachten, waren Anfang 1911 auf den Kurs von 30 Proz. gesunken. Jetzt ist er wieder auf 79 Proz. hinaufgedrückt worden. Diese Wache ist außerordentlich interessant. In letzter Zeit kauften an der Börse hin und wieder offizielle Vertreter der Großbanken Kalaalanteile. Der Haufen der Kleinpekulation und die an den Kolonien „interessierten“ Weltbourgeois rachen natürlich ein kommendes Geschäft, und sie kauften mit. Die Kurse stiegen! Nun weiß sogar das „B. Z.“, das doch sicher nicht börsen-, banken- oder kolonialfeindlich genannt werden kann, darauf hin, daß mit diesen Käufen und offiziellen Ankäufen große und inoffizielle Verkäufe von selten derselben Banken in diesen Kalaalanteilen vor sich gegangen sind. Mit den Anteilen der Otago-Gesellschaft war es ebenso. Jetzt erfährt die Öffentlichkeit nämlich, daß es der South West Africa Co. und ihren Verbindungen gelungen ist, ihren gesamten Besitz an Otago- und auch an Kalaalanteilen loszuwerden, und zwar zu leidlich anständigen Kursen.

Das Finanzkapital verdient eben immer! Einmal bei der Gründung solcher zweifelhafter Kolonialunternehmen, dann beim Verkauf der Anteile, beim Wiederaufkauf unter niedrigstem Kurs, und bei dem Hochtreiben und nochmaligem Wiederverkauf. Und nicht zuletzt bei dem direkten Geschäft mit den eigenen Kunden. Tritt bei einem Unternehmen die Notwendigkeit ein, das Kapital zu vergrößern, das alte zusammenzuliegen, oder sonst irgendwelche Finanztransaktionen durchzuführen, dann erbeuten die Banken im Handumdrehen all das, was vielleicht in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren von den Unternehmen an Gewinn aufgebracht wird!

Das nationale Kolonialinteresse und der Weltmacht-patriotismus macht sich bezahlt — für einige kundige Lebaner. Die Sammel werden geschlachtet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Buchdrucker.)

Nachdem am Mittwoch in einer Vereinsversammlung, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, Stellung zu der Proklamation ihres Zentralvorstandes. Sie faßten gegen einige Stimmen eine Resolution, die zum Ausdruck bringt, daß die Berliner an eine Spaltung nicht denken. Sie halten jedoch ihre Kritik an dem Tarifamtsentscheid aufrecht und vermahnen sich gegen die Proklamation des Vorstandes ebenso wie gegen den Beschluß der Gewerkschaftskonferenz.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Stellmachergewerbe.

Die Stellmacher Groß-Berlins hatten im Jahre 1906 eine allgemeine Lohnbewegung, die nach siebenwöchigem Streik mit guten Erfolgen endete. Die Löhne wurden um 8 Proz. erhöht und die Arbeitszeit wurde auf 53 Stunden herabgesetzt, was auch von der Innung anerkannt und beschlossen wurde. Es gelang jedoch nicht, die Arbeitgeber zum Abschluß eines regelrechten Tarifvertrags zu veranlassen. Noch im selben Jahre stellte sich die Krise im Automobilbau ein, und in den folgenden Jahren kam die große Wirtschaftskrise, unter der natürlich auch das Stellmachergewerbe zu leiden hatte. Die schlechte Wirtschaftslage brachte es mit sich, daß die erlangenen Vorteile hier und da zum Teil wieder verloren gingen, weil die Stellmacher nicht mehr so fest und einmütig in der Organisation standen wie zur Zeit der Lohnbewegung. Ihre Lebenslage verschlechterte sich aber noch mehr durch die volksausbeuterische Wirtschaftspolitik, die ja eine steigende Keuerung aller Lebensmittel zur Folge hatte. Inzwischen hat sich der Geschäftsgang im Stellmachergewerbe wie auch in den Automobilbetrieben wieder gehoben, und auch die Organisation ist wieder gewachsen; sie ist jetzt schon bedeutend stärker als bei der Lohnbewegung im Jahre 1906. Zugleich ist auch der Drang nach Verbesserung ihrer Lebenslage unter den Stellmachern wieder stark hervorgetreten, um so mehr, als sie sehen mußten, daß die Schmiede, mit denen sie ja zum Teil zusammenarbeiten, eine erfolgreiche Lohnbewegung durchführten, die ihnen das brachte, was sie bei dem Kampf im vorigen Jahre nicht erzielen konnten. Daß es sich im Stellmachergewerbe wieder zu regen beginnt, bewies eine Versammlung der in den Innungsbetrieben beschäftigten Stellmacher, die am Mittwoch im „Kosenthalet Hof“ stattfand und recht zahlreich besucht war. Der Referent Lehmann schilderte die Lage im Beruf und machte darauf aufmerksam, wie notwendig es ist, fest zusammenzuhalten in der Organisation, um die Verhältnisse zu verbessern. Es folgte eine rege Diskussion, und es wurde sodann folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung beauftragt die Kommission, zu gegebener Zeit eine Lohnbewegung vorzubereiten. Die Versammelten verpflichten sich, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich sofort dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen und ihre Kollegen sowie die in den Nachbarbetrieben beschäftigten ebenfalls der zuständigen Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband zuzuführen.“

Darauf berichtete der Obmann Pasewalk über die Lohnbewegungen der Branche im laufenden Jahre. Hier in Berlin und den Vororten haben in diesem Jahre in 12 Wagenfabriken Lohnbewegungen stattgefunden, und 11 davon endeten mit gutem Erfolg. 214 Stellmacher haben dadurch Lohnerhöhungen bis zu 5 Pf. die Stunde erzielt, und außerdem wurden Verkürzungen der Arbeitszeit um 1 und 2 Stunden die Woche erreicht. Die 53stündige Arbeitszeit ist jetzt für 7 Betriebe festgelegt. Die an den Bewegungen beteiligten Stellmacher sind zu 93 Proz. organisiert. Daß die Bewegung in einem Betrieb nicht zum Ziele führte — es haben hier nur einzelne kleine Lohnerhöhungen erhalten — lag daran, daß das Geschäft gerade zur selben Zeit in eine U. m. b. H. verwanzt wurde und es deswegen nicht feststand, mit wem man die Vereinbarungen treffen sollte. Im übrigen Deutschland haben die Stellmacher in verschiedenen Städten erfolgreiche Lohnbewegungen durchgemacht. In Dresden, Leipzig und Düsseldorf ist es gelungen, mit den Innungen Tarifverträge abzuschließen, die annehmbare Lohnerhöhungen und zugleich auch Verkürzung der Arbeitszeit brachten. Außerdem ist es auch den Stellmachern in Waggonbetrieben in Nürnberg, Köln und Hagen gelungen, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, und ebenso in den Brennabor-Werken zu Brandenburg a. O. Es hat sich in allen diesen Orten wieder einmal gezeigt, daß die Organisation wohl in der Hand ist, etwas zu leisten.

Der Redner berichtete ferner über den Arbeitsnachweis in der Branche. Die Stellmacher Berlins haben es im Laufe dieses Jahres dahin gebracht, daß die Arbeitgeber sich mehr und mehr genötigt sahen, ihre Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße zu beziehen und ihren eigenen Innungsnachweis in der Lichterberger Straße aufzugeben. Die Arbeitgeber sind jetzt zwar zu dem Entschluß gekommen, sich einem größeren Arbeitsnachweis als Berufsgruppe anzuschließen, und der Leiter dieses Nachweises hat ihnen auch den Glauben beigebracht, daß er aus Ungarn, Böhmen und anderen Ländern wunderbar billige Stellmachergelassen herbeischaffen könne, aber bis jetzt hat man noch nichts davon gemerkt, und die Herren werden wohl auch mit diesem Nachweis keine besseren Erfahrungen machen als mit ihrem Innungsnachweis. Die Freganz des paritätischen Nachweises hat sich infolge des einmütigen Vorgehens der Stellmacher, das mit dem Monat Mai einsetzte, bedeutend gehoben. Das bewiesen die folgenden Zahlen. Im April meldeten sich in der Gormannstraße 216 Stellmacher als Arbeitslose, verlangt wurden 82, besetzt von diesen Stellen wurden 70; im Mai war die Zahl der Arbeitslosen 200, die der gemeldeten Stellen 233 und besetzt wurden 180 Stellen; im Juni meldeten sich 271 Arbeitslose, verlangt wurden 356, und die Zahl der Stellen, die besetzt wurden, war 228. Vergleicht man diese Zahlen mit denen vom vorigen Jahre, so tritt der Aufschwung noch deutlicher zutage. Im Mai 1910 waren die Zahlen der Arbeitslosen, der gemeldeten und der besetzten Stellen: 114, 57, 34; im Juni 1910: 165, 127, 80. Es ist selbstverständlich, daß die Stellmacher, nachdem sie es dahin gebracht haben, daß die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte vom paritätischen Nachweis beziehen müssen, sich diesen Erfolg nicht wieder rauben lassen werden und sich nicht zwingen lassen, einen Nachweis zu benutzen, auf dessen Verwaltung sie gar keinen Einfluß haben.

Die Hartgummidreher und -Schleifer hielten am Mittwoch im „Kosenthalet Hof“ eine vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufene Versammlung ab, um über die Frage der Tarifänderung zu entscheiden. Die Tarifverhältnisse sind in dieser Branche keine einheitlichen. Mit einem Teil der in Betracht kommenden Firmen wurde im Jahre 1909 ein neuer, verbesserter Tarifvertrag abgeschlossen, während bei einigen anderen der 1906 zustande gekommene Tarif verlängert wurde. Im vorigen Jahre wurde mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von einer Tarifänderung Abstand genommen. Inzwischen haben sich die Hartgummidreher und -Schleifer in Werksaufführungen und in der Vertrauensmännerkonferenz von neuem mit der Frage befaßt, und es trat dabei allgemein die Meinung zutage, daß eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend zu wünschen sei. Der Brandenburger P r a g e l s k i berichtete nun über die gepflogenen Beratungen und teilte ferner mit, daß die Agitationskommission nach reiflicher Erwägung zu der Auffassung gekommen war, daß es zweckmäßig sei, den Tarif von 1909 vorerst nicht zu kündigen, sondern erst einmal zu versuchen, auf Grundlage dieses Tarifs die für die Branchen notwendigen Verbesserungen zu erzielen und ihn allgemein zur Geltung zu bringen. In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, sprachen sich wohl mehrere Redner dafür aus, die Kündigung des Tarifs sogleich zu beschließen, jedoch einigte man sich schließlich auf die folgende, von der Agitationskommission vorgeschlagene Resolution:

„Die Versammlung der in der technischen Hartgummibranche beschäftigten Arbeiter beauftragt die Agitationskommission in Vertretung. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil veranlt.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Verbindung mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in geeigneter Weise Maßnahmen zu treffen, um den im Jahre 1909 vereinbarten Tarif in diesem Jahre auch mit den Firmen zu vereinbaren, die ihn bis jetzt noch nicht anerkannt haben. Aus diesem Grunde verzichteten die Kollegen, die bisher schon zu den besseren tariflichen Bedingungen von 1909 gearbeitet haben, vorläufig auf die Tarifkündigung. Jedoch soll auf Grund der vorhandenen tariflichen Bestimmungen eine Erhöhung der Akkordpreise erzielt werden. Mit der Einleitung von Verhandlungen und sonstigen zu treffenden Maßnahmen wird die Organisationsleitung beauftragt.“

Am Streik der Kellner im Brauereiaussschank Goppoldt. Eine stark besuchte Versammlung von Angehörigen im Gastwirtsgerwerbe beschäftigte sich bei Klams mit den Vorgängen vor und während des Streiks der Kellner in Goppoldts Brauereiaussschank. Der Referent S a a r brandmarkt das Verhalten des Oekonomen, Innungsmeister Jabel, der angeblich zu viel Pacht zahlt und deshalb neben dem bisherigen Lohn von 15 M. monatlich, eine Kostentzuschüßung von 30 M. — also pro Tag 1 M. — nicht zahlen will weil er dann nicht mehr existieren könne. Jetzt, wo sich die Angehörigen gegen die täglich schlechter werdende Kost wehren, kann dieser Unternehmer den Streikbrechern so u. c. 5 M. Lohn pro Tag und außerdem noch gute Kost geben. Obgleich die Angehörigen im Gastwirtsgerwerbe noch so schlecht organisiert sind, gelingt es dem Unternehmer doch nicht, soviel Streikbrecher zu bekommen, um damit sein Geschäft voll aufrecht zu erhalten. Das beweist, daß auch unter diesen Angehörigen das Solidaritätsgefühl erstarkt. Redner protestiert dann unter dem Beifall der Versammlung gegen das Vorgehen der Revierpolizei, die ständig einen Doppelposten vor dem Geschäft platziert und sogar gewerbsmäßige Zettelverteiler mehrfach festhält. Der Buchdruckereibesitzer Georg K l e m m, Hafenscheide 77, schlug einem Kellner, der im Garten an das Publikum auffällende Handzettel verteilte, hinterwärts den Hut vom Kopfe und den Kneifer aus dem Gesicht. Dieser Herr wird seine Handlungsweise vor dem ordentlichen Gericht zu verantworten haben. — Die Versammlung nahm nach längerer Diskussion einstimmig eine Resolution an, in welcher sie ihre Sympathie für die Streikenden ausdrückt.

Ein gelbes Manöver.

Für das geplante Sonntags-Verbot für die im Stadtkreis Berlin gelegenen Wädereien versuchen jetzt die Gelben bei den Gesellen Unterschriften zu sammeln.

Da die Leute sich als Beauftragte des Verbandes aufspielen, hält es die Verbandsleitung der Wäder für notwendig, an dieser Stelle zu erklären, daß es sich dabei um einen Schwindel handelt.

Die Verbandsleitung hat niemanden beauftragt, Unterschriften zu sammeln, weder für noch gegen ein Verbot.

Die Mitglieder des Verbandes werden dringend ersucht, sich die Leute, die angeblich vom Verband geschickt sein wollen, genau anzusehen und mit ihrer Unterschrift äußerst vorsichtig zu sein. Zentralverband der Wäder und Konditoren, Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß durch den Vorsitzenden der Arbeitsnachweise der „Patriotischen Gesellschaft“ Verhandlungen eingeleitet waren, die unter Vorsitz des Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Herrn Dr. Engel, und in Anwesenheit von Herrn Dr. Grunow stattfanden. Da die Verhandlungen ein positives Ergebnis nicht zeigten, erklärte Herr Dr. Engel, daß die Leiter der Verhandlungen zu den von den Arbeitgebervertretern gemachten Vorschlägen noch einmal Stellung nehmen und event. Gegenvorschläge machen würden. Die Vorschläge der Arbeitgebervertreter lauteten:

Die Arbeitgebervertreter erklärten sich zu der Frage, den zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft zu unterstützen, grundsätzlich zustimmend, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Im Regulatoriv des Arbeitsnachweises muß berücksichtigt werden: a) daß der Arbeitsnachweis als Bestandteil des Vertrages gilt und obligatorisch ist; b) daß die Arbeitsvermittlung von den beiderseitigen Organisationen gestellt und aus Fachkreisen entnommen werden; c) daß in der Aufsichtskommission des Nachweises die beiderseitigen Parteien gleich stark vertreten sind unter einem von der Patriotischen Gesellschaft zu stellenden Vorsitzenden.

Am 15. Juli erhielten nun die Parteien den von den Vermittlern ausgearbeiteten Gegenvorschlag. Die Arbeiter hatten nicht viel erwartet, weil bei der vorausgegangenen Verhandlung Herr Dr. Raumann sich schon alle erdenkliche Mühe gegeben hatte, den Kommissionsmitgliedern plausibel zu machen, daß die beste Lösung der Frage sei, wenn bei der Arbeitsvermittlung die Parteien überhaupt nichts mehr zu sagen hätten. Während die beiden anderen Herren ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten schienen, eine friedliche Verständigung anzubahnen, war das Hauptziel des Dr. Raumann, den Arbeitsnachweis der „Patriotischen Gesellschaft“ auszuliefern und jeden Einfluß des Holzarbeiterverbandes auf die fernere Gestaltung des Nachweises zu unterbinden. Die anderen ebenso wesentlichen Streitfragen in bezug auf Lohn, Arbeitszeit und Vertragsbestimmungen wurden darum auch von Herrn Raumann kaum erwähnt. Er wollte nur den Arbeitsnachweis unter Mitwirkung der drei Herren geregelt sehen. Dann sollte das Einigungsamt des Gewerbegerichts wegen der übrigen Streitpunkte weiter verhandeln. Die Arbeiter Hamburgs haben nun zu Herrn Dr. Raumann an und für sich kein besonders großes Vertrauen, weil er ein hervorragendes Mitglied des — Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — ist. Trotzdem nahmen die Arbeitgebervertreter an, daß Herr Dr. Raumann bestrebt sein würde, in seinen Gegenvorschlägen auch den Wünschen der Arbeitgebervertreter nach Möglichkeit entgegenzukommen, um so eine friedliche Verständigung zu ermöglichen. Weit gefehlt! Die von Herrn Dr. Raumann ausgearbeiteten Gegenvorschläge berücksichtigen die Wünsche der Arbeiter in keinem Punkte. Zu a) sollte lediglich im Vertrage ausgesprochen werden, daß die Parteien sich bei der Arbeitsvermittlung des Nachweises der Patriotischen Gesellschaft zu bedienen haben. Zu der Forderung b) hieß es, daß die Arbeitsvermittlung von den beiderseitigen Organisationen gestellt und aus Fachkreisen entnommen werden, „vermögen wir nicht zuzustimmen“.

c) Die letzte Forderung, daß in der Aufsichtskommission die beiden Parteien gleich stark vertreten sein sollen, entspricht dem Vorschlag des Unterzeichneten. Dieser Vorschlag enthält nur noch die Bestimmung, daß außer den genannten Mitgliedern noch je ein von der Patriotischen Gesellschaft zu berufender Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Kommission angehören soll.

Also nur noch die Bestimmung, daß in die Aufsichtskommission die von Herrn Dr. Raumann protegierten „Gelben“ berufen werden sollen — der reine Hohn für den Holzarbeiterverband.

Auf Grund dieses Vorschlages wurde zu einer neuen Verhandlung am 15. Juli abends 8 Uhr eingeladen. Schon vorher hatten die Vertrauensleute die Vorschläge des „Unparteiischen“ Dr. Raumann einstimmig abgelehnt. Trotzdem fanden sich die Arbeitgebervertreter zu den Verhandlungen ein, um nochmals den Versuch einer Verständigung zu unternehmen. Von „Verhandlungen“ kann man aber kaum reden. Die Herren Engel und Dr. Grunow versuchten allerdings ihr Möglichstes, um die Parteien näher zu bringen, während Dr. Raumann und die Unternehmervertreter an einem Strang zogen und kurz und bündig erwiderten: Die Vorschläge, so wie sie sind annehmen oder ablehnen! Auf die Bemerkung der Arbeitgebervertreter, daß es beinahe so aussähe, als ob es sich nicht um Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien zur Erreichung des Friedens, sondern um solche

zwischen der Patriotischen Gesellschaft handle, erwidert Herr Dr. Raumann, „ob Krieg oder Frieden kommt erst in zweiter Linie, für uns handelt es sich darum, den Arbeitsnachweis auf eine Grundlage zu stellen, daß er den Parteien entzogen ist.“

Als Herr Grunow diesen Grundsatz nicht gelten lassen wollte, wurde er von den Arbeitgebervertretern und Herrn Dr. Raumann wiederholt unterbrochen und ihm weitere Vorschläge unmöglich gemacht. Dann wurden noch einmal alle Vorschläge der Arbeiter brüsk abgelehnt und die Verhandlungen als gescheitert geschlossen.

Der Kampf geht also weiter und bitten die Hamburger Holzarbeiter noch einmal recht dringend, den Zugzug fernzuhalten.

Ausstand der Dachdecker in Breslau.

Seit Mittwoch, den 12. Juli, befinden sich die Dachdecker im Ausstand. Im vergangenen Jahre führten sie einen eismächtigen Kampf. Mit Abschluß eines Tarifs war anzunehmen, daß nun auf einige Zeit der Friede gesichert sei.

Bei den vorjährigen Verhandlungen stellte es sich heraus, daß diejenigen Abmachungen, die in den Verhandlungen vorher die Parteien (ohne das Gewerbegericht) vereinbart hatten, nicht der Vereinbarung gemäß in dem Tarif enthalten waren, sondern in der Form, wie sie die Arbeitgeber in ihrem Tarif aufgestellt hatten.

Dies wurde sofort sämtlichen Arbeitgebern mitgeteilt, und sie wurden ersucht, dafür zu sorgen, daß die getroffenen Vereinbarungen auch im Tarif festgelegt werden. Dies wurde von den Unternehmern abgelehnt und erklärt, Änderungen werden nicht vorgenommen.

Damit waren jedoch die Arbeiter keineswegs einverstanden, zumal es sich um Bestimmungen handelte, die für die Arbeiter böse Folgen haben konnten. Die Arbeiter versuchten, durch Verhandlungen in der Schlichtungskommission den Konflikt zu beseitigen.

Da aber die Unternehmer auf ihrem Standpunkte beharrten und in der Sitzung am 8. Juli ein Unternehmer erklärte, mit der Organisation hätten sie überhaupt nichts zu tun und der Tarif bleibt, wie er von ihnen aufgestellt sei, war Aussicht auf eine friedliche Erledigung der Sache nicht mehr vorhanden.

In einer darauf am 11. Juli abgehaltenen Versammlung wurde, da alle Versuche, die Sache auf gültigem Wege zu erledigen, als gescheitert zu betrachten sind, der Ausstand beschlossen. Zugug ist fernzuhalten.

Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

In der größten chemischen Fabrik Deutschlands, in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., haben wegen Lohnforderungen am Dienstag früh etwa 60 Arbeiter des Indigomagazins die Arbeit eingestellt. Am Nachmittag legten die Arbeiter des Anilinmagazins, etwa 250 Mann, ebenfalls die Arbeit nieder. Die Direktion hatte einige minimale Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung kurzerhand abgewiesen, und sie lehnte auch ein Verhandeln mit der Kommission ab. Als jeder Versuch einer Verhandlung scheiterte, ließen die Arbeiter die Arbeit ruhen. Die Bewegung scheint weitere Kreise zu ziehen. Zugug von Fabrikarbeitern nach Ludwigshafen ist streng fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Die Vetobill im englischen Oberhaus.

London, 20. Juli. (W. T. V.) Beunruhigende Gerüchte, daß die der Vetobill opponierenden Peers so zahlreich erscheinen könnten, um die dritte Lesung zu Fall zu bringen, wenn sich Lord Lansdowne und seine regelmäßigen Unterstützer der Abstimmung enthalten sollten, hatten ein weitgehendes Interesse erweckt, und das Oberhaus war infolgedessen dicht besetzt. Viscount Morley betonte bei seiner Beantragung der dritten Lesung, daß die Bill von Lord Lansdowne und anderen Peers durch Änderungsanträge umgestaltet worden sei, die einen tödlichen Schlag gegen das Prestige, die Privilegien und die Autorität des Unterhauses führten. Er wünschte, daß die Bill ohne irgendeine soziale Erschütterung durchgeführt werde. (Gelächter auf Seiten der Opposition.) Er meine nicht eine oberflächliche, sondern eine wirkliche, weitgehende soziale Erschütterung. Diese Bill heute abend anzunehmen und später die Annahme der wirklichen Bill zu gestatten, heißt nicht, dem Unterhaus oder der Regierung, sondern dem Verdikt und dem Urteil des Landes bei den letzten allgemeinen Wahlen nachzugeben.

Lord Lansdowne verwahrte sich dagegen, daß die Änderungsanträge die Privilegien auf finanziellem Gebiet des Unterhauses angriffen oder daß sie unvernünftig seien. Er gebe den Peers den Rat, der dritten Lesung der Bill zuzustimmen.

Die dritte Lesung der Vetobill wurde einstimmig angenommen.

Kriegsvorbereitungen in Belgien.

Brüssel, 20. Juli. (W. T. V.) Im Senat verlangten aus Anlaß der Beratung des Etats des Kriegsministeriums die liberalen Senatoren eine Verstärkung des Heeres zum Schutze der Neutralität. 42 800 Mann seien ungenügend. Senator Bizener erklärte, es bestehe die Gefahr, daß im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes Belgien besetzt werde. Die Forderungen Ramur und Lüttich erforderten eine stärkere Besatzung. Senator Sehs äußerte, die Bahnlinie Namedy—Stavelot bedeute eine Gefahr für Belgien.

Krieg im Frieden!

Kiel, 20. Juli. (W. T. V.) Während einer Schießübung des Panzerkreuzers „v. d. Tann“ im westlichen Teil der Ditzke kenterte das Anzeigeboot. Dabei ertranken der Obermatrose Cook und die Matrosen Niemann und Günther. Bis her konnte nur die Leiche des Obermatrosen geborgen werden.

Begen Münzverbrechen verhaftet.

Hannover, 20. Juli. (W. T. V.) Unter dem Verdachte des Münzverbrechens wurde eine zugereifte Kellnerin festgenommen, als sie im Begriffe stand, einen von Hamburg nach hier dahnlagernd zugewandene Koffer abzugeben. Bei der Durchsuchung desselben wurde eine verschlossene Handtasche mit 145 falschen Zweimarkstücken, einem falschen Scheinmarkstück und allem Zubehör zur Herstellung falschen Geldes gefunden. Die Festgenommene ist die Braut eines am Sonntag in Hamburg verhafteten Deserteurs, der zu der Familie Kruak gehört, von der kürzlich in Braunschweig und Hameln Vater und Tochter ebenfalls wegen Münzverbrechens verhaftet wurden.

Solidaritätsstreik.

London, 20. Juli. (W. T. V.) Nach einer Meldung aus Cardiff haben dort insgesamt 6000 im Hafen beschäftigte Arbeiter aus Sympathie mit den Seelenten die Arbeit niedergelegt.

8. Verbandstag der Stukkatoren.

Dresden, 19. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Verschmelzungsfrage wird fortgesetzt. Sanger - Dresden untersucht die Frage: Sind wir in Zukunft imstande, die Mittel aufzubringen, die für die weiteren Kämpfe nötig sind? Er kommt zu dem Schlusse, daß die Stukkatoren bei einer Angliederung an den Deutschen Bauarbeiterverband aktionsfähiger sind. Die Verhältnisse zwingen zum Anschluß. Mit Paplows Ausführungen kann man nur einverstanden sein. Freilich, bei der Angliederung müssen wir volle Aktionsfreiheit verlangen.

Schneider - Hamburg: Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist für uns ebenso wertvoll wie die Angliederung, und diese will ja der D. B. V. nicht gewähren. Unser Verband hat bewiesen, daß er ganz gut selbst bestehen kann, und er wird auch künftig die Kämpfe selbst führen können. Ueber die Angliederung muß eine Abstimmung entschieden werden.

Hagen - Köln: Können die Stukkatoren sich auf die Dauer des Anschlusses verlassen? Können wir uns dem Entwicklungsprozeß auf die Dauer widersetzen? Ich muß beide Fragen verneinen. Wir sind nicht imstande, diesem Prozeß zu widerstehen, sonst werden wir schließlich zerrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung zwingt zum Anschluß. Lassen Sie sich bei der Abstimmung nicht von lokalen Momenten leiten, die höheren Gesichtspunkte müssen ausschlaggebend sein.

Pfeifer - Nürnberg: Die Kollegen in meinem Bezirk sind sehr schlecht für eine Verschmelzung zu gewinnen. Die Mitglieder wollen die Erwerbslosenunterstützung, die können wir nicht fallen lassen. Kommt es zur Angliederung, kann diese nicht so rasch erfolgen, man muß sich noch einige Vertragsperioden gewähren.

Klein - Stuttgart erklärt, die Stuttgarter Kollegen könnten sich für den Anschluß nicht erwärmen. Die Stukkatoren mit den Maurern würden durch die Angliederung nicht befriedigt. Die Erklärungen des D. B. V. auf die Forderungen der Stukkatoren befriedigten ihn nicht. Die Aktionsfähigkeit würde dadurch nicht garantiert, sondern durch die Bestimmungen der Stukkatoren die Schlinge um den Hals gelegt. Bei einer Verschmelzung haben wir nichts mehr zu sagen, darum bleiben wir für uns.

Paplow - Hamburg, Vertreter des D. B. V., stellt einige Bemerkungen des Vorredners richtig. Er habe nicht die Aufgabe, die Stukkatoren zur Angliederung zu überreden. Wir brauchen die Stukkatoren nicht; es ist ganz gleich, ob der D. B. V. 300 000 oder 310 000 Mitglieder zählt. Und über die 300 000 wird er auch ohne die Stukkatoren kommen. Die einfachen Spitzarbeiten kann der Maurer und Puffer auch machen. Darin liegt die Gefahr, daß Sie von den Maurern erdrückt werden, sobald sich irgendeine Frage zu spitzt. Bedenken Sie auch, daß Ihre Aktionsfähigkeit durch den Anschluß bedeutend erhöht wird. Wenn Sie glauben, daß Sie kein Interesse an der Angliederung haben - dann lassen Sie diese. Sollten Sie sich aber vor Augen, daß eine Zeit kommen kann, in der Sie gegen uns sind, ohne Gewährung von besonderen Rechten sich anzugliedern.

Kadler - Düsseldorf tritt warm für die Angliederung ein, die eine Notwendigkeit sei. Der Anschluß solle aber nicht durch Urabstimmung, sondern durch den Verbandstag entschieden werden. Dann sei es erst möglich, die Frage der Erwerbslosenunterstützung zu regeln. Beschließen wir die Angliederung, so wird im Interesse beider Teile sein.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch eine ganze Reihe Delegierter. Mit mehr oder weniger Leidenschaft wurde das Für und Wider erörtert. Man darf wohl sagen, daß die meisten Gründe zur Vertretung ihres Standpunktes nicht von den Gegnern des Anschlusses vorgebracht wurden. Ihr wichtigster Gegenstand ist wohl, daß sie befürchten, durch die Angliederung bei Lohnkämpfen nicht mehr das zu erreichen, was sie bisher allein erreicht haben. Der größte Teil der Redner trat auch für die Angliederung ein. Mit wenigen Ausnahmen verlangen alle, Freunde und Gegner der Verschmelzung, daß eine Urabstimmung, die Entscheidung fällen soll. Der Vertreter der Generalkommission, Knoll - Berlin, plädierte ebenfalls für den Anschluß an den D. B. V. und polemisierte in längerer Rede gegen Ausführungen der Gegner der Angliederung. Bei dem Anschluß könne die Agitation viel intensiver entfaltet werden, da mehr Agitatoren zur Verfügung ständen. Die Arbeitslosenunterstützung, bittet Redner, solle man ablehnen, weil ihre Einführung ein Hemmnis für den Ausbau der Organisation (Angliederung) bilde.

Die Debatte zog sich den ganzen Tag hin. Es sprachen nicht weniger als 40 Redner. Dann wurden die Verhandlungen vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Pfarrerversammlung als - Arbeiterinnen-Verbandstag.

Zu den ultramontanen Komödien gehört auch der sogenannte Verbandstag der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine. Er ist eigentlich nur eine Pfarrerversammlung. Die sechs dieser Arrange-

ments in der glanzvollen Reihe sah in diesen Tagen Nürnberg in seinen Mauern. Die Veranstaltung war eine echt katholische Zentrums- Sache. In der Festversammlung sowohl wie auf der Tagung wimmelte es von Zentrumsparroren, geistlichen Räten und sonstigen Kirchenleutern. Die Frau des Zentrumsgrafen und Landtagsabgeordneter Bestalozza vertieft sich in ihrer phrasenreichen Begrüßungs- ansprache zu dem komisch wirkenden Satz: „Dum ist keine Stadt mehr be- rufen als Nürnberg, die großen Aufgaben des Verbandes der katholischen Arbeiterinnen Süddeutschlands in ihren Mauern erfüllt zu leben“. Dabei zählten die katholischen Arbeiterinnenvereine, die in Nürnberg völlig bedeutungslos sind, nicht so viele Duzend Mit- glieder als die freigeorganierten Arbeiterinnen Tausende zählen. Die Festrede dieses „Arbeiterinnen-Verbandstages“ hielt natürlich ein Zentrumsparroter. Die Tagung selbst wurde mit einem feierlichen Hochamt eingeleitet. Zum ersten Vorstehenden wurde ein Zentrumsgeistlicher gewählt, den Jahresbericht erstattete ebenfalls ein Parroter, der Zentrumsabgeordnete und Altkreispräsident Parroter Walterbach. Vertreten waren 45 Vereine mit 97 Stimmen. Diese „Arbeiterinnendelegierte“ trugen indessen auch zumeist eine Soutane. Nach Parroter Walterbach hielt den Hauptvortrag Parroter Vekler aus Schwäbisch-Gmünd und den größten Teil der übrigen Zeit füllte Reichstagsabgeordneter Giesberts aus, der zurzeit ganz Bayern be- reist, um den vom Zentrum mit geschaffenen Reichsversicherungs- gesellschaftsverband in eine soziale Großtat des Zentrums umzubilden. Die schwarzen Redner haben guten Grund, diese farce von einem Arbeiterinnen-Verbandstag hinter verschlossenen Türen abzuwickeln, man wollte der Öffentlichkeit nicht zeigen, wie stark diese Arbeiterinnenversammlung von schwarz- rüdigen Jöbitatoren durchsetzt war und schloß die Presse aus, selbst einem gut bürgerlichen Journalisten, der Mitarbeiter der katholischen Augsburgs „Postzeitung“ und der ebenfalls katholischen Nürnberger „Volkzeitung“ ist, wurde die Tür vor der Nase zugeschlagen. Nach den Angaben Walterbachs umfaßte der Verband am Schlusse des Jahres 1910 108 Vereine mit 15 519 Mitgliedern. Darunter be- finden sich bezeichnenderweise mehrere Tausend „außerordentliche“ Mitglieder. - In 72 Vereinen befinden sich 1218 Dienstmädchen. 1044 Jugendlichen unter 17 Jahren sind auf 67 Vereine verteilt. Der Organisierung der Dienstmädchen und der Jugendlichen will man eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Ist die Zahl der Dienst- mädchen an einem Ort zu gering, so soll diesen Mädchen das zen- trumschriftliche Verbandsorgan „Haus und Herd“ geliefert werden. Ob diese Dienstmädchen den Pfarrersschwämmen unterstellt werden sollen, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Die Gesamtorganisation soll strenger gegliedert und Disziplinen und Bezirksverbände gebildet werden. Neben der religiösen Schulung soll (wie gnädig) auch die soziale Schulung gepflegt werden. Mehr „gute“ Literatur und vor allem mehr religiöse Bilder - seien unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. (Da wird aber die Rot aufgehoben.) Ferner müssen, so dogmatisiert einer der priesterlichen Redner weiter, die katholischen Arbeiterinnen den Religionsunterricht in den Fortbildungs- schulen erlernen.

Man sieht, die Zentrumsplaner verstehen es ausgezeichnet, auch die Arbeiterinnen und Dienstmädchen zu ihren reaktionären Zwecken zu mißbrauchen. Als bestes und erprobtestes Mittel hierzu dient den schwarzen Finsternlingen die Vollverdummung und die Gehirnvollvergiftung.

Frauenstimmrecht für die Handelskammer.

Kom, 20. Juli. Die parlamentarische Kommission für die Frauenstimmrechtsfrage beschloß, den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Handelskammern zu gewähren.

Soziales.

Lohnabzüge zugunsten selber Unterstützungsvereine sind zulässig.

So hat entgegen dem Gesetz gestern das Gewerbegericht ent- schieden. Bei der Firma Siemens u. Halske besteht einer jener gelben Werkvereine, der von der Firma sehr gepflegt und gefördert wird. Es werden die Beiträge zu dem Verein den Arbeitern allwöchentlich bei der Lohnzahlung abgezogen und von der Firma an den Verein abgeführt. Ob das zu- lässig ist, hatte gestern die Kammer 5 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsassessors Drever zu entscheiden. Es klagte der Schlosser D., der bei genannter Firma vom 3. Oktober bis 17. Juni beschäftigt gewesen ist, auf Rückzahlung der ihm in dieser Zeit ab- gezogenen Beiträge im Betrage von 11,52 M. Der Kläger be- streit durch seinen Vertreter das Recht zu diesen Abzügen. Auch be- streitete er sich über den Pfand, der im Betriebe ausgeübt werde, um Mitglieder für den Verein zu gewinnen. Zwar sage das Statut: Mitglieder kann jeder werden usw., und: der Austritt kann durch schriftliche Erklärung jederzeit erfolgen. Wer aber nicht Mit- glied wird oder aus dem Verein austritt, dem wird sofort gesagt: Na, dann werden Sie nicht lange im Betriebe sein. Der klägerische Vertreter bot auch Beweis dafür an, daß die Firma zahlreiche Ar- beiter nur aus diesem Grunde entlassen habe. Der Vertreter der Beklagten behauptete trotzdem, daß die Mitgliedschaft der Frei- willigkeit anheim gestellt sei; er bot Beweis dafür an, daß im Be- triebe zahlreiche Arbeiter jahrelang beschäftigt wurden, ohne daß

sie dem Unterstützungsverein angehören. Auch bestritt er, daß die Lohnabzüge den guten Sitten widersprechen, wie der Vertreter des Klägers es behauptet hätte, denn der Kläger sei mit den Lohn- abzügen einverstanden gewesen und einen Verstoß gegen die Be- stimmungen in den §§ 115 und 116 der Gewerbeordnung stellen sie nicht dar. Die Abzüge zu solchen Wohlfahrtsvereinen, wie sie der Verein biete, seien nach dem Gesetz berechtigt. Der klägerische Vertreter erwiderte darauf, daß der Verein doch keine Wohlfahrts- einrichtung darstellen könne, denn er beraube doch die Mitglieder wohlverordneter Rechte, indem er nicht dulde, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften bleiben dürfen. Der Vorsitzende teilte diese Auffassung mit. Denn das Polizeipräsidium, meinte er, habe ja doch die Statuten des Vereins genehmigt und dessen Be- stimmungen demnach nicht als gegen die guten Sitten verstößend be- funden. Galte der Kläger aber die Beitragsabzüge für unzu- lässig, dann hätte er jedesmal gegen den Abzug protestieren müssen und die nach seiner Meinung unzulässige Unterstützungsvereinrichtung auch nicht mit Unterstützung in Anspruch nehmen dürfen; so habe er aber den Verein um 15 M. in Anspruch genommen. Dann werde aber auch dieser Unterstützungsverein nur von den von Arbeitern ge- wählten Vertretern verwaltet und wie der Geschäftsbericht aus- weist, sind drei Fünftel, ja fast drei Viertel der Jahreseinnahmen im ausschließlichen Interesse der Arbeiter verausgabt worden. Der Umstand, daß schließlich die Firma Wert darauf lege, daß mög- lichst alle Arbeiter dem Verein angehören, begründe auch einen Verstoß gegen das Gesetz nicht. Denn es made z. B. die Stadt Berlin auch allen ihren Beamten zur Pflicht, daß sie der Steuer- klasse beitreten. Dann habe auch der Kläger einen Lohn gehabt, der 1500 M. jährlich überstieg. Die Aufrechnung der Beiträge gegen den Lohn sei also auch möglich. Aus denselben Gründen kam das Gericht zur Klagenabweisung.

Die Entscheidung geht fehl. Zunächst ist es ganz gleich, ob das Polizeipräsidium eine „Genehmigung“ auspricht. Auch zahllose Schwindelversicherungsstatuten hat das Polizeipräsidium „geneh- migt“, weil es der Ansicht ist, daß es - unbefähigt um die Realität oder Gesetzmäßigkeit des Gesamtunternehmens oder ein- zelner Vorschriften - die „Genehmigung“ nach dem Gesetz zu er- teilen hat, wenn sie formell dem Gesetz entsprechen. Diese Auf- fassung wird von dem Minister geteilt. Hat doch dieser gar den Gewerbeinspektoren verboten, festzustellen, ob die Fabrikordnungen, die dem § 616 B. G. B. zuwider Lohnzahlung für Krankheitsstage ausschließen, dem Gesetz und den guten Sitten widersprechen. Diese Fragen müssen den Gerichten überlassen bleiben. Auch die Bezug- nahme auf die Beamten Berlins ist irrig; diese sind lebensläng- lich angestellt und die Gewerbeordnung trifft auf sie nicht zu. Der Lohnabzug war vornehmlich aus zwei Gründen gesetzwidrig. Die Kassenrechnung selbst verstößt gegen die guten Sitten, wenn (wie unter Beweis gestellt war) ein direkter oder indirekter Pfand zum Beitritt besteht. Es verstößt gegen die guten Sitten aber auch die Verquickung von Versicherung und Arbeitsvertrag, selbst wenn das Statut an sich rechtsgültig wäre. Der Abzug widerspricht end- lich auch den Vorschriften des B. G. B. über Einbehaltung, dem Lohnbeschlagnahmengesetz und §§ 115 und 115a der Gewerbeordnung. Lediglich über einen 1500 M. übersteigenden Jahresbetrag wäre der Arbeitgeber zu verfügen berechtigt gewesen; davon kann bei Abzügen, die stattdessen bevor 1500 M. jährlich verdient sind, keine Rede sein. Die Einwilligung des Klägers ist nach ausdrücklicher Vor- schrift der angezogenen Bestimmungen belanglos und muß vom Gesetzgeber für belanglos erklärt werden, weil sonst ein Schutz des wirtschaftlich ohnmächtigen Arbeiters unmöglich wäre.

Das im Oktober zur Beratung stehende Hilfsklassengesetz ist die richtige Stelle, um derartigen, den guten Sitten höhnisch sprechenden Kassenvereinrichtungen entgegen dem auf Stärkung solcher Sub- ventionsinstitute gerichteten Absichten der Regierung durch ein klares Gesetzesverbot ein Ende zu bereiten.

Soziale Standarbeit der katholischen Kaufleute.

In den Tagen vom 12. dieses Monats ab fand in Duisburg ein Kongreß der katholischen kaufmännischen Vereinigungen statt. Unter den 27½ Tausend Mitgliedern dieser Vereine befinden sich 16 245 Angehörige, 7732 selbständige Kaufleute, 1756 Beamte und 1761 Leute aus sonstigen Berufen, also wohl Lehrer, Geistliche usw. Als geistlicher Beirat fungiert Religionslehrer Tegeder-Essen, ein vielseitiger Ultramontaner, der nicht nur in kaufmännischer Stan- desarbeit macht, sondern auch Puffer im Streit wider die Unstillsch- keit ist. Dabei geht der Herr anscheinend recht gründlich zu Werke. Wir schließen das wenigstens aus einer uns bekannt gewordenen Karte an eine auswärtige Buchhandlung bei der sich ein „zufällig“ im selben Haus wie Herr Tegeder wohnender Herr G. Weder schlüp- frige Literatur bestellte, selbstverständlich nur, um sich darüber nach Roerenschem Rezept zu entlasten.

Der Verband der katholischen kaufmännischen Vereinigungen befindet sich völlig im Schlepptau der Prinzipale. Die Zentrums- presse schrieb über den Geschäftsbericht u. a.:

„Mit besonderem Nachdruck wendet sich der Verband neuer- dings gegen die bisherige Unzulänglichkeit der Steuererhebung in der Erfassung der kapitalkräftigen Betriebe und die Vorzugs- stellung der Warenhäuser und Konsumvereine. Man glaubt in der Umsatzsteuer das geeignetste Mittel zu haben, um den steuer-

Derartige Frauenkäufe sind übrigens im Reiche des Goren keine Seltenheit. Erst vor kurzem kam in Rischmentischag, im süd- lichen Rußland, ein ähnlicher Handel zustande, der aber an dem Widerstande der verkauften Ehefrau scheiterte und dem Käufer und Verkäufer nur eine wohlgemeinere Tracht Prügel einbrachte. Der Bauer Veryst hatte nämlich seine Ehefrau, weil sie zu groß war und für ihre Kleidung zu viel Stoff verbrauchte, einem Bauern aus der 10 Werst entlegenen Ortlichkeit Laborschtsche für 300 Rubel ver- kauft. Im Dorfstrug kam der saubere Handel zustande, nachdem der Käufer 25 Rubel angezahlt hatte. Als dieser mit dem Rest der Kaufsumme am nächsten Morgen in das Haus des Bauern kam, um die Ehefrau zu holen, wurde er von dieser mit Prügeln empfangen und hinausgeworfen. Das gleiche Schicksal teilte auch der Chemann. Die Bäuerin aber blieb bei ihren Kindern.

Humor und Satire.

Kriegsbege.

Weil ihm fehlt die Wahlparole, geht auf Krieg der Junker forsch. Daß auch all' der Teufel hole, Groß an Maul, an Kräften morsch!

Wenn ihr sechten wollt, so sechtet Rammonstoll bei Christ und Jud', Pumpt, wie ihr euch wähnt berechtet Durch Moral und blaues Blut.

Meinet Weffel! Schröpft die Moll, Primadonna beim Ballett! Kopert euch die reichste Doll's Fürs feudale Ehebett!

Aber weg von ersten Schosen Wie's der Krieg ist, eure Hand! Euch zuerst ja in die Hosen Fällt das Herz beim Wellenbrand.

Lacht die Schlachtrompete (Schweigen!) Denn wozu der tollste Rärm? Eure Schlotterbeine zeigen, Wie euch habbert das Gedärm.

Doch je mehr Wolff-Metternich'st Ist veranlagt diese Art, Desto mehr macht sie sich wichtig Und sträubt sich den Gads-Darl!

Kleines feuilleton.

Berlin als Kunststadt. Berlin und sein unaufhaltsames ge- waltiges Wachstum erregt immer mehr die Aufmerksamkeit der aus- ländischen Kulturbeobachter. Jetzt veröffentlicht ein französischer Kritiker André Tibal in der „Nouvele“ einen umfangreichen Aufsatz über Berlin und die Berliner. Das gegenwärtige Berlin stellt sich seinem Blick noch als ein Chaos dar, das erst im kulturellen Werden ist und somit noch, alle Untugenden der Fliegelsjahre in aufdringlicher Weise zur Schau trägt. Doch hat Berlin seine Persönlichkeit nicht entwickelt, noch greift der Berliner Blind- lings nach allem, was das Ausland ihm zuträgt, noch ist der Berliner der naive Barbaren, der ideale Snob“. Und das zeigt sich auch in dem Kunstsinne des heutigen Berliners. „Berlin ist der große Kunst- und Literaturmarkt. Wenn ein Stück, eine Oper, ein Musikwerk die Reise durch Deutschland oder vielleicht durch ganz Europa antreten sollen, muß das Werk in Berlin zuerst aufgeführt sein; wenn ein Bild oder eine Statue Märchenpreise erzielen soll, muß es erst in einer Berliner Galerie ausgestellt gewesen sein. Denn in Berlin wohnen die besten Döflinge der Kunst und der Literatur, die Leute, die sich am besten auf die Inzenerierung eines Kunstgeschäftes und auf die Klamme ver- stehen. Und in Berlin wohnt auch jenes Publikum, das am meisten unwissend, am meisten naiv, am meisten Snob und en- thusiastisch ist und am meisten lernt. Da die Berliner stets fürchten, ihren Mangel an Kultur zu verraten, suchen sie ihn unter der Kut ihres Beifalls zu begraben, sobald ein geschickter Flegelzug ihn erst einmal das Ziel ihrer Bewunderung gezeigt hat. Sie laufen in alle Premieren und sie laufen in alle Ausstellungen, sie verstehen nichts davon, aber sie müssen dazugehen sein. Sie kennen Goethe und Schiller nicht, aber in den geringfügigen Kobititäten der Saison wissen sie Bescheid.“ Tibal kommt dann auf die Abolition Berlins und Münchens zu sprechen, wobei er sich unbedingt auf die Seite des mit einer älteren Kultur gesegneten Münchens stellt. Doch er sucht die heutigen Untugenden Berlins historisch und soziologisch zu be- greifen.

Berlin ist jungfräulicher Boden, auf dem so ziemlich alles spricht, was man ansät, das Unkraut sowohl als der Weizen. Da die Bewohner von seinen alten Traditionen eingengt sind, sind sie auch mehr als die anderen Deutschen den neuen Ideen zugänglich, jenen, denen die Zukunft gehört.

Technische Fortschritte in der Musik. In Bayreuth, wo eben die Proben zu den Festspielen stattfinden, wurde eine wichtige Er- findung für Bläser, die der Hofmusiker Bernard Samiels vom Schwertener Hoftheater gemacht hat, erprobt. Samiels hat einen Apparat erfunden, der es dem Bläser ermöglicht, die größten Phasen und längsten gehaltenen Töne ohne Abblehen, dabei vollkommen künstlerisch und tonreich, zu geben. Der Apparat wird voraussichtlich als alle Blasinstrumente anwendbar sein. Am letzten Freitag wurde die Erfindung in Bayreuth von verschiedenen Sachverständigen geprüft. Das Urteil fiel allgemein sehr günstig aus. Hofmusiker F. G. Kaufmann führte zuerst auf der Oboe, dann auf dem englisch Horn die längsten und schwierigsten Bläserstellen ohne jedes Abbrechen aus. Jedem Kenner genügt es, daß Herr Kaufmann z. B. das bekannte Solo für englisch Horn aus „Tristan und Isolde“ in einem Atem blies. Dabei ist der Ton in Klangfarbe und Stärke, die Phrasierung und der individuelle Charakter vollkommen unbeeinträchtigt. Samiels selbst führte auf der Flöte ähnliche erstaunliche Vorträge aus. Kaufmann, der erst seit wenigen Tagen das Blasen mit dem Apparat gelernt hat und ihn bereits so vollkommen beherrscht, daß er eine halbe Stunde ohne jede Unterbrechung blasen konnte, bekräftigt, daß selbst nach der längsten Stelle der Bläser keinerlei Ermüdung empfindet.

Bei der Gelegenheit sei zu unserer Notiz über die von R. Strauß erfundenen Effektinstrumente nachgetragen, daß einige davon bereits früher bekannt waren. In dem 1801 gedruckten Instrumentations- werk von Schmidt werden schon die Waldhörner erwähnt, die das Gewehrfeuer und das Wasserrauschen nachahmen, und vor allem die sogenannte „Weißhase“, die das älteste Effektinstrument zu sein scheint. Allerdings ist die Form eine andere, doch das Prinzip das gleiche wie heute.

Frauenkauf in Rußland. Ein bezeichnendes Kulturbild aus „Wäterschens“ Reich zeigt ein Bericht der „Nijonska Nysl“. Danach verkaufte vor einigen Tagen der Bauer Stremeno aus dem Kiewer Gouvernement für 5 Rubel und 1 Liter Schnaps - seine Ehefrau an einen anderen Bauer namens Litvinenko. Dieser Handel wurde durchaus nicht als Geheimnis behandelt. In Gegenwart von Neugen fehle der Dorfälteste eine Verkaufsurkunde auf und verlas sie mit seiner Unterchrift und dem Amtssiegel. Das „Rauschfeld“, die hübsche Bäuerin Anna, hatte übrigens gegen diesen Wäterschenswechsel nichts anzuwenden. Mit der den russischen Bauernfrauen eigenen Gleichgültigkeit packte sie ihre Siedenschalen, nahm die als Heiratsgut eingebrachte Kuh mit sich und zog zu ihrem neuen „Eigentümer“.

lichen Ausgleich zu erreichen und namentlich auch die Fiskalgeschäfte sowie die Konsumvereine in einer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Weise zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen. Diese Umfahrtener soll an die Stelle der jetzigen Gewerbesteuer treten; für die mit einem niedrigen Verdienst arbeitenden Branchen werden allgemein geltende Erleichterungen befristet, von denen aber die sogenannten Fiskalbetriebe ausgenommen sein sollen.

Sowohl in dem Abschnitt über die Fiskalsteuer, wie in dem über die Warenhäuser wird hervorgehoben, daß der Mittelstand eines unbedingt von den großkapitalistischen Konkurrenten lernen sollte: die Verschönerung der Organisation und des Einflusses, der durch ein gemeinsames Vorgehen der Standesgenossen auf die Gesetzgebung ausgeübt werden kann. Würden die Angehörigen des Mittelstandes aus ihrer Teilnahmslosigkeit gegenüber den Bemühungen ihrer Standesvertretung herauszutreten und durch eine entschiedene Betonung ihrer eigenen Wünsche die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf sich ziehen, der Mittelstand würde bald aufhören, das Schicksal der Gesetzgebung zu sein.

Die Zentrums-„Märkische Volkszeitung“ vom 13. Juli wünschte, daß die Verhandlungen besonders auch in diesem Sinne eine Besserung herbeiführen möchten, sie identifizierte sich wieder einmal mit dem arbeiterfeindlichen Bestreben nach Entzweiung der Konsumvereine.

Der Verbandstag widmete neben den Standesfragen besondere Aufmerksamkeit der Jugendpflege, eine separate Konferenz befaßte sich mit dem Ausbau der heute schon 3700 Mitglieder umfassenden Jugendabteilungen.

Unter den Standesfragen spielen diejenigen eine große Rolle, die man sonst in Mittelstandskreisen behandelt zu sehen gewohnt ist: Verbot oder Einschränkung des Hausierhandels, der Wanderlager, Verteuerung der Warenhäuser und Fiskalbetriebe, ausreichende Besteuerung der Konsumvereine, denen jede behördliche Unterstützung zu verweigern sei, die Teilnahme der Beamten an Konsumvereinen sei zu verbieten.

Obwohl diese Forderungen darauf gerichtet sein sollen, die Selbständigmachung zu erleichtern, muß die Resolution über die Sozialpolitik zugeben, daß heute „infolge der wirtschaftlichen Entwicklung nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Handlungsgeschäfte die Erlangung der Selbständigkeit möglich ist.“ Die Resolution fordert deshalb ausreichende Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität, Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe, Erhöhung des unpfändbaren Gehaltssteils, Regelung des Lehrlings- und Fortbildungsdienstes, Sicherung des Koalitionsrechts usw. In die Resolution über die Fortbildungsschule wurde auch die Forderung des Religionsunterrichts aufgenommen, aus der Zentrums-„Märkische Volkszeitung“ erzählt man nicht, daß zwei Süddeutsche, Vogel-Freiburg und Horn-Stuttgart, die Kurage hatten, sich gegen diese Forderung zu wenden. Ein Kaplan bewies diesen Zweiflern unter lebhafter Zustimmung der Versammelten, wie notwendig die Religion in der Fortbildungsschule für den Petroleum oder Seife, Schuhe oder Unterzüge verkaufenden Kaufmann ist! Die Sicherung des Koalitionsrechts verlangten dieselben Leute, die ein Handelskammermitglied begrüßten als Leute, die das „Autoritätsprinzip“ hochhielten.

Mit gemeinsamen Gottesdiensten, Besichtigung von Häfen, Gärten, Bächen und — der ultramontanen Schnapsfabrik Unbergs-Boonstamp in Rheingebirg fand die Tagung dieser Zentrumsorganisation ihr Ende.

Gerichts-Zeitung.

Der Silberverfall der Berliner Anarchisten

hatte gestern vor der 10. Penitenzstrammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 120 St.-G.-B. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Aufreizung zum Klassenhaß) war der 21jährige Schneider Erich

Mose angeklagt. In der Silberverfall fand in dem Freischen Hof in der Brunnenstraße ein von der „Anarchistischen Kollaboration“ veranstalteter Silberverfall statt, an welchem der Angeklagte teilnahm. Während der Kaffeepause wurden von dem Angeklagten gedruckte „Silberverfall“ an die Teilnehmer verteilt. Ein Exemplar derselben gelangte in die Hände der Polizei, die wegen des Inhalts, in welchem die bekanntesten anarchistischen Ideen zum Ausdruck gebracht wurden, das jetzige Strafverfahren wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Anreizung zum Klassenhaß einleitete. Der Vertreter der Anklage beantragte mit Rücksicht darauf, daß es nicht absehbare Folgen hätte haben können, wenn die in dieser Weise aufgetriebenen Teilnehmer in der Silberverfall auf der Straße ihre Ideen in die Tat umgesetzt hätten, eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte in einer gewissen Grobmannschaft und jugendlichen Eitelkeit gehandelt habe und sah die Sache milder an. Das Urteil lautete auf 2 Wochen Gefängnis.

Auch die erlommene Strafe statt einer geringen Geldstrafe steht in keinem Verhältnis zur Billigkeit. Glaube schon die Behörde einen strafbaren Tatbestand in den Gliedern erblicken zu müssen, so hätte sie doch mindestens bei Bemessung der Strafhöhe berücksichtigen müssen, wer denn in der Tat durch solche Glieder zu Gewalttätigkeiten oder dergleichen aufgereizt werden könne. Das konnte doch wohl nur der Denunziant oder einer der Beamten, an den die Glieder durch die Denunziation weiter verbreitet waren. Wenn der Denunziant den ihm geschenkten Text weiter gab, so hat er dadurch bewiesen, daß er nicht zu Gewalttätigkeiten, sondern nur zu der unschönen Staatsretterei durch Denunziation angezogen war. Und die Polizeibeamten? Fällt eine auf diese etwa wirkende Aufreizung dem Angeklagten in der Tat zur Last? Und darf man trotz der Tatsache, daß Schulleute vor der Möglichkeit einer Kenntnis der „Silberverfall“ so gewaltig gegen den Arbeiter Hermann vorging, daß dieser sich, annehmen, daß Schulleute durch Gedächtnis überhaupt noch aufzureizen sind, so darf das doch dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden, der eine solche Möglichkeit herbeizuführen doch sicherlich nicht beabsichtigt hat.

Som neuen Stellenvermittler-Gesetz.

Die Firmierung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler betrifft eine wichtige kürzlich gefällte Entscheidung des Kammergerichts, bei der die Stellung des Stellenvermittlergesetzes zu anderen Gesetzen in Frage kam. Die auf Grund des § 8 des Gesetzes in Preußen erlassenen Ministerialvorschriften bestimmen, daß die gewerkschaftlichen Stellenvermittler als Geschäftsbild nur den Vornamen und Familiennamen und die Bezeichnung „gewerkschaftlicher Stellenvermittler“ anbringen dürfen, sowie die Verufe, für die sie vermitteln. Der Kaufmann Joste, der das große Vermittlungsbureau in der Jägerstraße 15 in Berlin gekauft hat, hat kürzlich mit dem Firmenrechtigung des Vorbesizers, der 1903 in das Handelsregister eingetragen wurde mit der Firma „Erstes Berliner Gewerbevermittlungsbureau Alwin Lott“. Mit Rücksicht darauf glaube Joste, er könne auch noch Inkrafttreten des Stellenvermittler-Gesetzes vom 2. Juni 1910 und der daraufhin ergangenen ministeriellen Vorschriften ein großes Schild vor dem Geschäft weiter behalten, auf dem es heißt: „Erstes Berliner Dienst- und Arbeitsbüro, früher erstes Gewerbevermittlungsbüro, gegründet 1815.“ Auch glaubte er sich auf das Handelsgesetzbuch und die §§ 15a und 148 Ziffer 14 der Gewerbeordnung berufen zu können. Es wurde aber vom Landgericht wegen Übertretung der erwähnten Ministerialvorschriften auf Grund der Strafbestimmungen des Stellenvermittler-Gesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er die Ministerialvorschriften nicht beachtet habe. Neben dem genannten Firmenschild wurden auch Schilder für unzulässig erklärt, die angaben, welche Stunden für männliches Personal und welche Stunden für weibliches Personal die Geschäftsstunden seien.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Das Stellenvermittlergesetz gebe im § 8 den Landeszentralbehörden die Befugnis, weitere Bestimmungen (als das Gesetz) über den Umfang der Befugnisse und

Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler zu erlassen. Diese Ermächtigung sei durchaus allgemein. Sie sei nicht eingeschränkt, auch nicht durch bestehende Gesetze. Das Ministerium sei daher berechtigt, im Rahmen des § 8 auch Vorschriften zu erlassen, welche mit den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über die Firmenführung in Widerspruch ständen. Darum konnten die Vorschriften unter 8, die hier in Frage kommen, erlassen werden. Den Vorschriften des Stellenvermittlergesetzes liefen sie nicht zuwider, und das sei entscheidend. Im übrigen komme § 15a der Gewerbeordnung nicht in Frage, da er sich nur auf Läden beziehe. Unzweifelhaft seien auch die Einwendungen aus der preussischen Verfassung. Es handle sich um ein Reichsgesetz und auch die ministeriellen Vorschriften hätten reichsgesetzlichen Charakter, da sie eine Ergänzung zum Reichsgesetz seien. Das Reichsrecht gehe aber der preussischen Verfassung vor. Auch auf das Bürgerliche Gesetzbuch sei hingewiesen. Danach habe der Eigentümer nur das Recht, mit seinem Eigentum zu schalten, so weit nicht Gesetze dem entgegenstünden. Zu den Gesetzen gehörten auch die vorschriftsmäßig erlassenen Polizeivorschriften. Es dürfe J. die gekaufte Firma auf Briefköpfen usw. auch weiter benutzen. Nur dürfe er sie nicht am Hause anbringen, weil es nach § 6 der ministeriellen Vorschriften unzulässig ist. Diese seien allgemein gehalten. Sie bezögen sich also auch auf bestehende Zustände. Mit Recht sei J. verurteilt.

Die Entscheidung stimmt mit dem Wortlaut und Zweck des auf Verminderung gewisser betrügerischer Manipulationen abzielenden Stellenvermittlergesetzes durchaus überein.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt am Mittwoch bei Weckers in der Weberstraße eine Generalversammlung der Berliner Verwaltungsjahre ab. Der Kassenbericht für das zweite Quartal bilanziert mit 16 796,65 M. Der Einnahme von 6627,37 M. steht eine Ausgabe von 5747,78 M. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 11 048,87 M. in der Lokalkasse vorhanden ist gegenüber 10 169,38 M. am Schlusse des ersten Quartals. Hierzu kommt noch der Bestand der lokalen Zuschüsse mit 5761,00 M. Vereinnahmt wurden für die Zuschüsse 620,50 M. und ausgegeben 452,29 M. Für die Hauptkasse des Verbandes wurden 15 641,40 M. vereinnahmt, wovon 7006,42 M. an dieselbe eingesandt wurden. 5046,45 Mark wurden für Unterstufungen verausgabt und 2688,53 M. für die örtliche Verwaltung aufgewendet. Aus dem übrigen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß es an Lohn- und Arbeitsdifferenzen auch in diesem Quartal nicht gefehlt hat. Allein an 30mal mußte mit Unternehmern verhandelt werden. Zu Ausständen kam es bei den Firmen Geh u. Dör, Müller u. Schlimme und Samann u. Co. Beim Kampfe mit der Firma Schübel, den der Sattlerverband führte, war auch der Schuhmacherverband mit einer Anzahl Mitglieder beteiligt. Aus Anlaß der Waifeier wurden in 11 Betrieben circa 250 Leute ausgespart. 114 Sitzungen und Versammlungen wurden veranstaltet. An den Bericht knüpfte sich eine längere Diskussion, in der insbesondere die vorgelommenen Lohn- und Arbeitsdifferenzen besprochen wurden. Alsdann gab der Vorsitzende B a m a n n einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Dresdener Gewerkschaftskongresses. Die Diskussion über denselben wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Literatenbund und die Presse. Von H. Curt. 1 M. — Der Beamtenbund. Von D. Hinz. 2 M. — Der moderne Mittelstand. Von S. Westhoff. 1 M. — Verhandlungen des zweiten deutschen Jugendgerichtstages 1910. Herausgegeben von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. 4 M. — Geländespiele. Von P. G. Schuler. 80 M. — Turnen und Spiel in der preussischen Volksschule. Von E. Strohmeyer. 2,80 M. — Schwimmunterricht. Von Morlein Wap. 2,80 M. — Dortmund Arbeitsschule. Ein Beitrag zur Reform des Volksschulunterrichts. 2,80 M. — V. G. Teubner, Leipzig.

Nur in unserem Geschäfte

Oranienstr. 155-156

Ecke Prinzessinnenstraße

Muster-Verkauf

Einmalige Gelegenheit! Enorm billig!

Diesjährige Muster-Kollektion einer ersten Erfurter Schuhfabrik

Modell-Schuhe und -Stiefel für Damen und Herren

Boxcalf, bezw. Chevreau, zum Teil mit Lackkappe. Schlanke, halbrunde und breite Modformen; auch farbige Artikel.

Serie 6 jetzt **7⁹⁰**
Wert 12⁵⁰

Serie 7 jetzt **9⁴⁰**
Wert 15⁵⁰

Serie 8 jetzt **11¹⁰**
Wert 18⁰⁰

Serie 9 jetzt **13⁶⁰**
Wert bis 21⁰⁰

In unseren Schaufenstern ausgestellt. • Besichtigung erbeten. • Kein Kaufzwang.

Carl Stiller junior

W. Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Mödlershaus)

Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße

W. Königgrätzer Str. 124-129
Hotel Fürstenhof



Schutzmarke

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn W. S. Dage: „Wissen, Macht und Glaube“, Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 23. Juli: I. Ernter, Dohndende, Störche, Grünheide, Gelmer, Kehl, Weg. II. 7.16, Schlei, 7.23. — II. Köpenick, Ranzentheimer Mühle, Doppelgarten. Treffpunkt 1 1/2 Uhr Ost Köpenick. Gäste willkommen.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, 23. Juli. Wanderausflug zum Stillsitzen nach Seddinnau (Rabins Island). I. Köpenick, Ragnellheim, Seddinnau. Treffpunkt 6 Uhr Schlei, Bahnhof. II. Grünau, Schmöckwitz, Seddinnau. Treffpunkt 7 Uhr Köpenicker Bahnhof. III. Für Radfahrer Treffpunkt 12 Uhr Bahnhof Schmöckwitz. Fahrer durch Krummbrinck fennlich. Genossinnen und Genossen vom 4. Kreis, die an der Wahl teilzunehmen haben, treffen sich 10.30 Uhr Köpenicker Bahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69 bzw. die Treppe — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Dank und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsentwässerung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

2. W. 10. Richten Sie Ihre Spiegelfragen an den Direktor der betreffenden Anstalt. — 2. W. 20. Aufnahmestellen im Berliner Polizeipräsidium. — H. J. Hamburg, Lübeck und Bremen. — B. G. R. 999. Und ist über die Persönlichkeit des H. nichts bekannt. — S. 503. Ist von uns noch nicht ausprobiert. — H. 10. Adrianopol. — S. G. 98. Die

Arbeitsordnung nach Ihnen beim Eintritte bekannt gegeben sein. In Ihrem Falle genügt das Kündigen allein nicht. Sie können aber durch Schließen während dieser Wochen ausgemittelt zu haben. Sonst versuchen Sie die Klage. — Offen. In Preußen unterliegen Sie nicht der Gewerbeordnung, Betriebsratskassationsinstanz. — W. 2. 10. Sie halten für die Grundsteuer der Gemeinde gegenüber, können aber Erfüllung vom Käufer verlangen. — W. 2. 46. Gegen die Entscheidung des Amungsschiedsgerichts ist die Berufung an das ordentliche Gericht zulässig. Sie scheint nicht ausfindiglos. — S. 2. 100. Zu berechtigten Vermittlungen vermögen wir nichts zu tun. Sie selbst legen Sie sich mit den Organisationen der betreffenden Vereine in Verbindung. — H. 2. R. 2. Adresse der Arbeiter-Sportvereinsreinigung, Vornamts und nicht bekannt. Möglich, daß Sie diese bei Wilhelm Gohmann, O. 112, Viebigstr. 41 erfahren können. — Kreis 84. Werbung beim Direktor der städtischen Fleischschau, Herrn Reimann, Eldener Straße 38. Näheres dort zu erfahren. Anstellung verzögert sich oft Jahre hinaus. — D. 24. Silberwert ungefähr 1,50 M. Niehader- und Sammlerwert sehr verschieden. — R. R. 101. Diesen Kassen gegenüber ist immer Vorsicht angebracht. Erkundigen Sie sich bei der Zentral-Kommission der Krankenkassen, Angelier 15. — W. 2. 63. 1. Seddig Willkommen Karl. 2. Amiliges Arbeitsamt; Bahnhof Alexanderplatz und Potsdamer Bahnhof. Auskunft ungenügend. — S. G. 4. Ratsschlüsse über die verschiedenen Arten der Heilbehandlung müssen wir abwarten. Darüber können wir nur den Rat aussprechen lassen. — G. 2. 25. Ueber die Einrichtungen der Schrippenkirchen sind wir nicht orientiert. — W. 2. 34. Auskunft erteilt hierüber sehr gern die Zentral-Kommission der Krankenkassen, Angelier 15. — D. R. 28. Wir können Sie nur an die städtische Stützungsdeputation wenden: Poststraße 16 I. — D. W. S. 34 und H. S. Durch Vertrag, der zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll zu erklären ist. — S. 2. 100. Wiederholen Sie

die Anfrage und geben Sie noch an, wodurch das Fehlen bedingt war. — C. 2. 22. 1. und 2. Die Beibringung eines weiteren Attestes ist zwecklos. — S. 2. 1911. Der Anspruch auf Lohnzahlung erscheint nicht durchführbar. — H. 2. 30. Rein. — W. 2. 2. Soweit ersichtlich, haben Sie kein Rückforderungsrecht. — Kallmann. Leider ja. — W. 2. 23. 1. Wegen nicht länger als 3 Monate fälliger Steuern jeder Lohnbetrag, sonst und 2 die wöchentlich 28,25 M. übersteigende Lohnforderung. — R. D. Wemeler Straße. Rein. — C. W. 1905. 1. Rein. 2. Das ist möglich. 3. Falls Pfändung erfolgt, interessieren Sie

Wetterprognose über Nacht vom 20. Juli 1911.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Swinemünde	766	SW	3	17	Dapruno	757	S	2	11
Danzburg	767	SW	3	15	Petersburg	757	S	1	15
Berlin	768	SW	3	17	Stilla	765	SW	4	17
Frankfurt	769	SW	2	19	Übersee	764	SW	1	15
München	778	SW	1	20	Wien	—	—	—	—
Wien	766	SW	1	21					

Wetterprognose für Freitag, den 21. Juli 1911.
Etwas wärmer, trocken und zunächst vorwiegend heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 18. Juli verstarb unser Genosse, der Arbeiter
August Quadt
Raumerstr. 30.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Villa-Gemeinde, Nordend aus statt. 220/12
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
(E. H. S. Hamburg).
Zahlreiche Lichterberg.
Den werten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Otto Maetschke
am Dienstag, den 18. Juli 1911, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Stadtgemeinde Lichterberg in Marzahn aus statt. 184/8
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Karl Gräbenitz
im 62. Lebensjahre plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Ringhofes in Weig aus statt. 163/11
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, des Restaurateurs
Paul Nadge
erwiesene Teilnahme sage hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. 2800b
Witwe **Anna Nadge**,
Rheinsberger Str. 8.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer
Karl Stein
(Wahl Nordend)
am 19. Juli an Lungenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Arbeiterbildungs-Ringhofes in Weihen, Lichterberger Straße aus statt. 139/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und der reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Sohnes
Heinrich Fehrenz
sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen fleißiger Bauvereine sowie dem Verband der Bauarbeiter meinen besten Dank. Witwe **Fehrenz**.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Sohnes
Gustav Jankowsky
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten und insbesondere dem Herrn Chef Meyer unseren innigsten Dank.
Gustav Jankowsky nebst Mutter.

Sozialdemokratischer Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Am Sonntag, den 23. Juli, findet per Urabstimmung die Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern und sechs Revisoren in folgenden Lokalen statt:

Gesche, Dranienstr. 188
Paaser, Laufiger Straße 25
Schulz, Forster Straße 17
Freihöfer, Glogauer Straße 4
Grundmann, Büdlerstr. 29
Boeker, Webersstr. 17
Fellenberg, Caprivistr. 20
Grufz, Viebigstr. 14
Schulz, Schreinerstr. 18
Kranse, Böckowstr. 8

Wählisch, Stalitzer Straße 22
Witz, Stalitzer Straße 59
Ehlert, Wiener Straße 25
Engel, Oppelner Straße 47
Bohr, Kanteuffelstr. 12
Werchowki, Andreasstr. 26
Risch, Warschauer Straße 61
Kirch, Petersburger Straße 81
„Elytium“, Landberger Allee 40/41
Wulff, Ebelingstr. 4.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum April d. J. seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 9 Uhr vormittags und endet um 1 Uhr nachmittags. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Paul Hoffmann, Köpenicker Straße 28.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstr. 8. Col III. Amt 3, 1087.

Sonntag, den 23. Juli 1911, vormittags 10 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:
Große allgemeine Versammlung der Elektromonteurs und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Elektromonteurs und Helfer Berlins und Umgegend und wie können dieselben verbessert werden? Referent: Kollege **Handke**. 2. Diskussion.
Kollegen! In dieser Versammlung werden Ihre Verhältnisse dahin geprüft, ob dieselben als genügend bezeichnet werden können. Es ist deshalb notwendig, dafür zu sorgen, daß diese Versammlung von jedem Kollegen besucht wird. Es handelt sich um die Interessen des Einzelnen sowohl wie der Allgemeinheit. Darum Kollegen, sei ein jeder von Ihnen am Platze.
Mit kollegialem Gruß
Die Ortsverwaltung.

Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter (Metzelsche Kasse).
Sonntag, den 23. Juli 1911, vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich:
General-Versammlung
im Vereinshaus Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, unterer Saal.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht (Januar bis Juni 1911).
2. Bericht der Revisoren.
3. Beilegung der Jubilationsorgane für das Jahr 1911/12.
4. Kassenangelegenheiten.
Mitgliedseintrag legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
H. A. G. Wagner.

Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark
Herrn- und Damen-Überren, Kappen, Frackwägen, Gramophone, Mandolinen, Geigen, Teppiche, Stühle und Tischdecken, Bilder, Fahrräder etc.
Warschauer Straße 66, Hainichenstraße 103.
Jahre & König, Köpenicker-Straße 14

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Die Sitzung der Ortsverwaltung findet heute nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

„Freier Bund“

Einkaufs- u. Produktivgenossenschaft freier Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz
am 31. Dezember 1910.

Aktiva	Passiva
Kasse-Konto 22	Mitglieder Guthaben-Konto . . . 7500,69
Robben-Konto 77,27	Reservefonds-Konto 1059,01
Fant-Konto 121,98	Genossenschafts-Konto für Bindungsschriften 1350,70
Bank-Konto 24,10	Gewinn- und Verlust-Konto . . . 555,56
Brauereiarbeit-Konto 300,-	
Brauerei-Konto 8834,05	
Genossenschafts-Konto 1200,68	
Summa 10558,08	Summa 10558,08

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1910 145, Anfang 28. Wühler Mitgliederzahl am 31. Dezember 1910 117. Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederzahl um 2280 M. verringert und die Gesamtsumme um 8400 M. vermindert. Die Gesamt-Geldsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresabschluss 36 600 M.
Berlin, den 21. Februar 1911.
Der Vorstand.
H. Matthes, Sek. Greth. 106/13

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld!
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter inkl. **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jeder Herr

welcher schön und billig sich kleiden will, empfehle einen Porten gebrauchter, ehem. gereinigter Herren- Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend. Die Sachen sind aus prima Materialien angefertigt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Absonnerungs-Kleidern stammend, früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:

Jackett-Anzüge . . . M. 8, 14, 18, 20 etc.
Herren-Paletots . . . 8, 12, 14 . . . 4672L
Rock-Mode-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20 . . .
Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 26, 29 . . .
Herren-Hosen . . . 3, 4, 5, 7 . . .

Abt. II: Elegante neue Garderobe.
J. Wand Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. Andersstr.
II. Geschäft: Chausseestr. 89
Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.
Verteilung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.
Bitte genau die Hauptnummer beachten.

Jeder Bauarbeiter
ober Handwerker erhält für den Hausmeis eines zahlungsfähigen Bauers Befreier Lohn hohe Provisions. Effert. Ch. R. 4223 am Stuboff Wofse, Rantstraße 34. 102/10

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenhaler Str. 79
Hon. Effert. Ch. R. 4223 am Stuboff Wofse, Rantstraße 34. 102/10

Restaurant „Wald-Idyll“
Schmöckwitz

Bedeutend vergrößert — im Wald und am langen See gelegen. 2 Säle, Speisereisen, Herren- und Damen-Badanquett, Bruderboote, Ueberdeckte, Dampfbrüche, Ausspannung. Verbindung: Stadtbahn und Köpenicker Bahnhof-Schmalbe: Dampfzug nach allen Richtungen. Bedeuhige Ruhpartie von Grünau ab auf Köpenicker Waldpromenade am See entlang. Vereinen und Familien hält sich bestens empfohlen.
E. Noack, Fernsprecher: Reußen 31.

Nathan Wand
120 Stalitzer Str. 129.
Die Schönsten
Herren-Sommer-Paletots u. Ulster
und Anzüge in neu
erklaffige, auf Seide gearbeitete
Herren, von 4672L
Kavaliere getragen,
sind neu, für jede Figur passend,
jegliche Baugänge sind in
großer Auswahl reich an Raumend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
120 Stalitzer Str. 129,
Hochhausstation Raitbuscher Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Mortal
einziges Spezial-
Mittel gegen
Flöhe
schnell und sicher wirkend, ger-
neht radikal den Drucker im
Fussboden, so daß gänzlich jede
Dunst ausgeht! wird. 75 Pf. u.
1,50. Man nehme nur „Mortal“
mit Marke „Tod und Teufel“
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Reste

Austratons, „Ordnungs-Kaufmann“ für
Häute, Paletots, Kostüme, Meter 3,
4 Markt.
Zuchlager, Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, d. Petri-Kirche.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden,
Prinzenstr. 41, sieht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Die Welträtsel.

Gemeinverständl. Studien über
monistische Philosophie.
Von
Ernst Häckel.
Mit Nachträgen zur Begründung der
monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 65
Lindenstraße 69 (Laden).

Dänischer Kapitän-Kautabak
in Rollen, Bündel und Enden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 112 (Amt VII, 3061).

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Köpenicker Str. 53. Ede Weinmeisterstr. 9.
Landberger Allee 145, am Friedhof; Rixdorf: Vergstr. 66, am Ringbahnhof.

Theater.

Freitag, den 21. Juli
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Die Meistersinger von Nürnberg.

Schiller-Theater
Der dunkle Punkt.
Aufspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg.

Neues Theater.
Der Rodelzigeuner.
Täglich: 8 Uhr.

Neues Kgl. Opern-Theater (Krohn)
Freitag, den 21. Juli, abends 7 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Chausseestr. 30/31.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.

Verkäufe.
Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen.

Teppiche (Farbenfroh), Steppdecken, Gardinen.

Teppiche, farbige, poltbl.
Schlafbetten 1.15, Schülerplätze 2.50.

Geschäftsverkäufe.
Ausgehendes Milchgeschäft zu verkaufen mit Kasse, Waage.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 23. Juli 1911:

20. Sängerefest

in Schloß Weißensee.

Gesamtchöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Georg Diesbach. — Einzelchöre.

Sänger-Festzug * Doppelkonzert * Feuerwerk.

Von 4 Uhr ab Tanz gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeeküchen sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festheft mit Programm an der Kasse gratis.)

Anfang mittags 12 Uhr.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern.

Straßenbahnverbindungen: Linien 59, 60, 61, 62, 73. Ferner Nord- und Vollring bis Bahnhof Weißensee.

Die Generalprobe zum Sängerefest findet Freitag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Konzertsaal der „Brauerei Friedrichshain“, statt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.

Geschlossen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.

50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater.

Hoheit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund.

In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.

Anfang 8 Uhr. Saalungen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten.

8 1/2 Uhr: Ensemble-Gastspiel

Harry Walden

in Sein Herzensjunge.

Vaudeville mit Ges. u. Tanz in 2 Akten.

von H. Reibhardt und R. Schaner.

Rußl. von B. Kollo.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.

Berlin N., Brunnentstraße 16.

Konzert, Theater, Spezialitäten.

Ein Glückskerl. Schwan-Duette i.

2 Akten von Geide.

Die Verlobung bei der Laterne.

Operette in 1 Akt von J. Offenbach.

Anfang 6 Uhr.

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungs-Park

The great Grigori Allison Truppe, 8 Personen, ikarische Spiele.

Die Zauberflöte, urkomische Pantomime.

Teufelsrad, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle, Cake

walke u. a. interessante Volksbelustigungen.

Täglich großes Promenadenkonzert und Spezialitätenvorstellung.

Eintritt 15 Pf.

Sonnabend, 22. Juli: Sommerfest d. Maschinenbau- u. Metallarb.

LA TORTAJADA.

Die 7 Korinthus, klassische Tänze.

Kaufmanns Lady cycle troupe.

De Dio.

Charles Barons Burlesko-Managerie.

Tschin Macs 8 heil. Chunguosen und eine Kette

hervorragender Kunstkräfte!

Volgt-Theater

Gesundbrunnen, Dabstraße 58.

Heute sowie täglich:

Goldene Jugend.

Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Akten.

Wöchentlich neue erstklassige Spezialitäten.

Neue erstklassige Spezialitäten.

Kasseneröffnung 2. Anfang 5 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel

Oskar Junghänel

mit seiner berühmten

Herrnengesellschaft.

Anfang wochentl. 8 Uhr.

Sonntags 7 Uhr.

1. August

Wiederbeginn der Vorträge der

Stettiner Sänger.

Möbel.

Möbel-Fabrik, Fabrik von

Polsterwaren, Brunnenstraße 7, am

Rosenthaler Tor, Wohnungsan-

richtungen auf Kredit und gegen bar.

Riesen-Auswahl. Stühle und Stühle

Anzahlungen von 15 Mark an. Einzelne

Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung

an. Hervorragend schöne Muster in

bunten Stoffen. Wochen-, Monats-

oder vierteljährliche Raten nach Lieber-

einkauf. Lieferung auch nach auswärts.

Vorgelegt dieses Inserats erhält

beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Freunden, die ihr Konto beglichen

haben, erhalten einzelne Möbelstücke

ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner

Anzahlung geben Tischplatten und

einzelne Stühle auf Kredit unter

äußerster Preisnotierung, auch Waren

aller Art. Der ganze Laden läuft bei

uns. Kretschmann u. Co., Köpen-

straße 4 (Schlesischer Bahnhof).

Rüchenschmelz, Spezialfabrik, Neue

Rödingstraße 32 (Alexanderplatz).

<

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Sonnabend, den 22. Juli, bei Ritzke, Dennenwieser, 18: Kinderfest der 1. und 2. Abteilung. Fünfter Kreis. 4. Abteilung. Sonntag, den 23. Juli, 1 Uhr mittags: Ausflug nach Friedrichsfelde. Treffpunkt Lindenpark. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Abteilungsführer.

Waldhof. Heute Freitag, den 21. Juli, von abends 7 Uhr ab, findet im Jugendheim, Bismarckstr. 11, aus die Verbreitung der Wählerkarten statt. Um diese Arbeit schnell erledigen zu können, ist die Beteiligung aller Genossen und Genossinnen unbedingt notwendig.

Morgen Sonnabend, den 22. Juli, im Lokal des Herrn Lehmann, (vormals Fischer), Bismarckstr. 60: Gemeindevorstandswahl für die dritte Abteilung. Wohlzeit: Nachmittags 5-8 Uhr. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist Genosse Otto Petrich, Hoffmannstraße 24. Es wird dringend ersucht, rechtzeitig zur Wahl zu gehen.

Karlshorst. Das Sommerfest findet am Sonnabend, den 22. d. M., im Restaurant „Karlshorst“, Joh. Varteis, statt. Für Unterhaltung aller Teilnehmer ist durch Konzert, Gesangsvorträge, Preisfesten, Kinderbelustigungen usw. reichlich Sorge getragen. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und ein Präsent gratis. Eintritt 30 Pf., Kinder in Begleitung der Eltern sind frei.

Bernau. Morgen Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Salzmann, Potsdamer Straße, unsere Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Unger-Halensee über: Schule - Kaserne - Presse. 2. Vereinsangelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Die Parteigenossen veranstalten am Sonntag, den 23. Juli, ein großes Volksfest in dem prächtigen am Tellow-Nanal gelegenen Garten von Fritz Wahrensdorf, Bältestraße 22. Die Festleitung hat alle Vorbereitungen getroffen, ein der Arbeiterkraft in jeder Beziehung würdiges Fest zu veranstalten und auch für Unterhaltung und Belustigung der Kinderwelt ist bestens gesorgt. Es darf daher ein guter Besuch des Festes erwartet werden.

Berliner Nachrichten.

Groß-Berlin zahlt ein Viertel der preussischen Einkommensteuer.

Groß-Berlin zahlt ein Viertel der preussischen Staatseinkommensteuer, während sein Anteil an der Bevölkerung noch nicht 9 Prozent beträgt. Dies ist das wichtigste und nicht genug ins Licht zu rührende Ergebnis einer neuen Untersuchung von Professor Dr. Silbergleit in den statistischen Monatsberichten. Das Veranlagungsjahr Preußens betrug 1910 insgesamt 294 Millionen. Davon lieferte Berlin mit 67 Vororten 72 1/2 Millionen, Berlin allein über 42 Millionen. Dazu kommt noch, daß Steuer und Leistungsfähigkeit nicht überall gleich sind. In den Städten wird vor allem das Einkommen weit stärker erfaßt. Die Novelle von 1907 vermehrte die Zahl der Jeniten um 50 000. Selbst das Rheinland steht mit 62 Millionen um 10 Millionen hinter Groß-Berlin zurück. Selbst die sechs östlichen Provinzen bringen zusammen 10 1/2 Millionen weniger Einkommensteuer als Groß-Berlin. Erst wenn man Schleswig-Holstein mit 10 1/2 Millionen hinzurechnet, kommen sie Groß-Berlin gleich. Berlin allein liefert an Staatseinkommensteuer noch über 6 Millionen Mark mehr als West- und Ostpreußen, Posen, Pommern und Brandenburg ohne die 67 Vororte zusammen.

Die Bevölkerungsentwicklung Groß-Berlins im Umfange der 88 Gemeinden usw., welche an die Berichterstattungen in den statistischen Monatsberichten Groß-Berlins angegeschlossen sind, ist, wie wir dem Doppelheft ihres neuen Jahrganges entnehmen, durch eine Zunahme um 8519 im Januar, um 5754 im Februar, dagegen durch eine im wesentlichen auf den Rückgang der Anmeldungen zurückzuführende Abnahme um 7903 im März 1911 bezeichnet. Die auf Tausend der mittleren Bevölkerung bezogene Lebendgeburtensziffer betrug in den drei ersten Monaten dieses Jahres 21,41, 22,54 und 21,16; die in gleicher Weise umgerechnete Zahl der Sterbefälle, das ist die Sterblichkeitsziffer stellte sich auf 14,97, 14,89 und 14,12, so daß ein Geburtenüberschuss in Höhe von 6,44, 7,65 und 7,04 verblieb. Das Verhältnis der Zahl der gestorbenen Säuglinge zu den Lebendgeborenen des gleichen Monats betrug im Januar und in den beiden folgenden Monaten 13,26-24,15 und 14,10 Proz.

Der Beschäftigungsgrad in denjenigen Betrieben Groß-Berlins, welche am 1. Januar 1909 mehr als 25 versicherungspflichtige Personen aufwiesen oder welche diese Grenze im Laufe des Jahres 1909 überschritten haben, wird gekennzeichnet durch die Gesamtzahl von 632 942 am 1. April 1911. In den gleichen Betrieben waren im Jahre vorher 599 104 Personen beschäftigt, so daß eine Zunahme des Beschäftigungsgrades um 88 838 oder 5,62 Proz. zu verzeichnen ist. An dieser Zunahme ist die Industrie der Maschinen und Apparate allein mit 20 975 beteiligt, das Zunahmeverhältnis gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beläuft sich in dieser Gruppe auf 13,43 Proz., also auf mehr als das Doppelte der Steigerung, welche sich für den Durchschnitt des gesamten Gewerbes ergab. Unbedeutend dieser bedeutamen Entwicklung des Beschäftigungsgrades aber ist eine erhebliche Zunahme der von den freien Gewerkschaften unterstützten Arbeitslosen und der ihnen gewährten Unterstützungen beträge in den ersten Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eingetreten, und zwar für die vierwöchentliche Periode vom 18. Dezember 1910 bis zum 14. Januar 1911 um 8040 bei den Unterstützten und 78 106 M. bei den Unterstützungsgebern, in der folgenden um 8969 bzw. 65 908 M., in der weiter anschließenden um 7833 bzw. 66 188 M.

Neue Anforderungen für Krankenhäuser. Für die Anlage, den Bau und die Einrichtung von Kranken-, Heil-, Pflege- und Entbindungsanstalten sowie von Säuglingsheimen sind von den zuständigen Zentralinstanzen jetzt neue Vorschriften aufgestellt worden, die für die Genehmigung zum Neubau, Umbau oder zur Erweiterung solcher Anstalten dienen sollen. Die „Arztzeitung“ gibt daraus einen Auszug. Die Krankenanstalt muß frei und entfernt von Betrieben liegen, die den Zweck der Anstalt beeinträchtigen. Der Bauplatz muß 100 Quadratmeter für das Bett groß sein. Die Frontwände müssen von anderen Gebäuden 20 Meter, die übrigen 10 Meter entfernt sein. Flure und Gänge müssen mindestens 1,8 Meter breit, gut belichtet, lüft- und heizbar sein. Gänge, an denen Krankenzimmer liegen, dürfen nur zur Hälfte mit Nebenräumen auf der anderen Seite besetzt werden. Krankenzimmer, die das Tageslicht nur von einer Seite erhalten, dürfen nicht nach Norden liegen. Bettlagerige Kranke müssen in mehrbettigen Zimmern einen Luftraum von mindestens 30 Kubikmeter, in einbettigen Zimmern 40 Kubikmeter haben. Für das Bett müssen täglich 20 Liter einwandfreies Wasser geliefert werden können. Überall müssen Einrichtungen für Vollbäder vorhanden sein. Die Dünste oder Geräusche der

Wirtschaftsräume dürfen nicht in die Krankenzimmer dringen. Für Anstalten für Geisteskranken, Epileptische und Schwachstimmige, für Lungenheilstätten, Entbindungsanstalten und Säuglingsheime werden besondere Bestimmungen gegeben. Die Anforderungen sind hier zum Teil ermäßigt. Ein gesunder Säugling soll 12 Kubikmeter, ein kranker 20 Kubikmeter Luftraum haben.

Eine Ludwig-Hoffmann-Straße in Athen. Um den Namen des Berliner Stadtbaurats Ludwig Hoffmann mit ihrer Stadt für immer zu verbinden, hat die Stadtkommission der Stadt Athen mit einstimmiger Beschloß, einer im Zentrum der Stadt Athen gelegenen Straße den Namen Ludwig-Hoffmann-Straße zu geben.

Der Bauentwurf für die neue Geschlechtskrankeanstalt für Frauen im städtischen Arbeitshaus zu Rummelsburg hat gestern die Hochbaudeputation passiert. Die Kosten sind auf 1 1/2 Millionen Mark festgesetzt.

Berliner Ueberlandflüge. Der Flieger Rupp von den Albatros-werken ist gestern morgen um 5 Uhr 25 Minuten mit seinem Zweidecker vom Flugplatz Johannisthal aufgestiegen; er vollführte einen Ueberlandflug über Berlin, Jannowitzbrücke, Tiergarten, Wedding, kehrte dann nach dem Flugplatz zurück und flog, ohne zu landen, in der Richtung nach Trebbin bei Strausberg. Hier mußte er wegen Benzinmangels niedergehen.

Verkehrsstörung in der Leipziger Straße. Eine kurze Störung im Straßenbahnbetriebe, die sich aber in der davon betroffenen Leipziger Straße recht fühlbar machte, ereignete sich am gestrigen Donnerstag früh gegen 8 Uhr. Vor dem Hause Leipziger Str. 118 werden gegenwärtig auf dem Fahrdamm Bauarbeiten ausgeführt. Mehrere Pflastersteine waren nun nicht tief genug eingearbeitet, so daß sich der Schuprahmen eines Motorwagens der Linie 8 festklemmte. Erst durch Herausnehmen der Steine wurde das Verkehrshindernis beseitigt; der alarmierte Rettungswagen der Straßenbahn brachte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Während der Dauer der Störung, die von 7,53 bis 8,05 Uhr währte, wurden die vom Spittelmarkt kommenden Wagen durch die Jerusalem-, Zimmer- und Königgräber Straße, die Linie 33, 40, 60, 61, 80 und III von der Französischen Straße durch die Charlotten-, Zimmer- und Königgräber Straße abgeleitet.

Die Verlängerung der Nord-Südbahn nach Niddorf. In der Angelegenheit der Verlängerung der Nord-Südbahn nach Niddorf fand gestern eine Besprechung zwischen Vertretern der Magistrat von Berlin und Niddorf statt. Der Verfassungsentwurf wurde durch beraten und technischen Erörterungen unterzogen. Bei beiden Parteien herrscht das Bestreben, die Verhandlungen so zu fördern, daß die Nord-Südbahn mit der Verlängerungstrecke durch die Hofenheide bis Hermannsplatz und gleichzeitig die Niddorfer Anichalbahn derartig fertiggestellt werden, daß zu einem einheitlichen Zeitpunkt die Gesamtstrecke eröffnet werden kann. Nach den Ferien werden beide Körperschaften endgültig ihre Beschlüsse zu fassen haben.

Große Beute machten Geldschrankeinbrecher in der vergangenen Nacht an zwei Stellen. Auf dem Grundstück Alexanderstraße 38a öffneten sie mit einem Nachschlüssel die Tür zum Kontor der Schöninghauser Kaffeebrennerei, deren Räume im Erdgeschoß am Hofe liegen. Sie räumten dann das Geldschloß von der Wand ab, erbrachen es an der Hinterseite und erbeuteten 4000 M. hartes Geld, das abends die Aufsicht von der Kundschaft mitgebracht hatten. Um das schwere Geld wegschaffen zu können, nahmen sie auch die Ledertaschen der Aufsicht mit. — Auf dem Grundstück Bergmannstraße 12 lasteten die Knacker die Haustür auf, brachen am Flur im Erdgeschoß von einer Tür ein Sicherheitschloß ab und gelangten so durch eine Ritze in das Kontor der Weinhandlung von Koch. Hier schnabberten sie das Geldschloß auf und nahmen daraus 1500 M. in Papier und Gold, für 2000 M. Wertpapiere preussischer Konsols, Berliner Stadtanleihe und Reiningers Pfandbriefe, und fünf Treuhänderwechsel über je 5000 M. mit. Auch die Versicherungsmarken der Arbeiter verschonten sie nicht.

Von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt wurde die Leiche der 22-jährigen Arbeiterin Frida Freier in einer Privatstube in der Oranienstr. 131. Der Grund der staatsanwaltschaftlichen Maßnahme soll zu suchen sein in dem Umstande, daß bei der Verstorbenen von einer „weißen“ Frau ein unerlaubter Eingriff vorgenommen worden ist. Die Freier soll im sechsten Monat schwanger gewesen sein. Dieser verbotene Eingriff hat zum Tode geführt.

Von einem Straßenbahnunfall ist gestern nachmittags in Tempelhof unser Genosse der Reichstagsabgeordnete Fritz Jubel betroffen worden. Jubel hatte in Tempelhof, in der „Vorwärts“-Expedition, Berliner Straße 41/42, geschäftlich zu tun gehabt und wollte den Nachhauseweg antreten. Beim Ueberstreiten des Fahrdammes scheint Jubel wohl die Entfernung eines daherkommenden Wagens der Linie 99 nicht richtig abgeschätzt oder den Wagen überhaupt nicht bemerkt zu haben, denn plötzlich befand er sich unter dem Straßenbahnwagen und wurde von dem Schuprahmen erfaßt. Der Führer des Wagens bremste mit aller Gewalt und verhielt sich somit noch größeres Unheil. Jubel wurde sofort nach der Unfallstation des Garnisonlazarets gebracht und von da mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung. Keuchere Verletzungen hat Jubel weniger erlitten, dagegen scheint er innerlich verletzt zu sein, da er über heftige innere Schmerzen klagt.

Zwei Klingelfahrer, die den Osten der Stadt unsicher machten, wurden mit ihrem Fehler von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Ein Arbeiter August Stend aus der Niddorfer Straße machte sich dadurch verdächtig, daß er bald bei diesem bald bei jenem Pfandleiher unter verschiedenen Namen allerhand Sachen verlegte. Weil er schon wiederholt bestraft ist, so beobachtete man ihn und fand, daß die Arbeiter Richard Brummer und Robert Drettmann bei ihm hausten und von diesem Schlupfwinkel aus jeden Tag auf die Klingelfahrt ausgingen. In der Barichauer-, Zülster- und anderen Straßen des Ostens, auch im Nordosten und Norden, wie in der Jonsdammstraße, erdrachen sie Wohnungen und Wöden und stahlen wie die Raben. Ihre Beute brachten sie zu Stend, der sie dann auf gefälschte Papiere verlegte. In der Behandlung beschloß die Kriminalpolizei ganze Körbe voll Wäsche, Kleidungsstücke, Goldsachen usw. Brummer behauptete, daß er alles gefunden habe. Erst als die Bestohlenen kamen und ihr Eigentum erkannten, legte er ein Geständnis ab. Alle drei wurden hierauf dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Unfall in der A. G. O. Am Mittwoch nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr ereignete sich in der A. G. O., Brunnen-Vollstraße, in der Wädelabteilung des Meisters Art ein schwerer Unfall. Dort waren zwei Arbeiter damit beschäftigt, ein Drehstromgehäuse von mehreren Zentnern Gewicht etwas handgerechter zu drehen. Bei diesem Versuch fiel das Gehäuse vom Tisch herunter und dem Arbeiter Oskar Krebs, Charlottenburg, Osnaabrückerstraße 20 wohndhaft, auf die Beine. Er erlitt dabei einen linken Oberschenkel- und einen rechten Knöchelbruch und mußte nach dem Lazaruskrankenhause gebracht werden. Schuld an diesem Unfall trägt vor allem die hastende Arbeitsweise, da in diesem Betrieb die Preise auf ein Minimum reduziert sind. Um nun nicht zu viel Zeit durch Warten auf den Kran zu verlieren, unternehmen es die beiden Arbeiter, das Gehäuse eigenhändig zu drehen.

Ferienbische. Eine unliebame Ueberfischung wurde einem Oberpostsekretär aus der Schönhauser Allee zuteil, der seiner Familie in die Sommerküche nachfuhr und sich acht Tage bei ihr aufhielt. Bei seiner Rückkehr fand er seine Wohnung mit einem Nachschlüssel geöffnet und alle Behältnisse erbrochen. Ferienbische hatten alles

durchwühlt und das ganze Silberzeug mitgenommen: Messer, Löffel, Gabeln usw., die alle M. A. oder B. A. gezeichnet sind.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am Mittwochabend auf dem Hansplatz. Dort spielten gegen 7 Uhr eine Anzahl Kinder, unter denen sich auch die 6-jährige Tochter Frida der in dem Hause Tughabener Straße 5 wohnhaften Witwe Heusler befand. Als die kleine F. nun beim Spiel über den Fahrdamm laufen wollte, achtete sie nicht auf das Herannahen eines Privatautomobils. Das Mädchen wurde ungerissen und geriet unter das Auto, dessen Räder über das Kind hinweggingen. Der bedauernswerten Kleinen wurde der Brustkasten vollständig eingedrückt, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein durchgehendes Gespann verfehlte am Mittwochabend zahlreiche Passanten in der Penzanceallee in Angst und Schrecken. An der Goldenerstraße sprang ein begerter Mann dem Pferde in die Riegel und wurde eine Strecke mitgeschleift, wurde aber von dem Tiere in den Hals gebissen, so daß ein zweiter Mann dem Gefährdeten zu Hilfe kam, der aber gleichfalls von dem wütenden Tiere gebissen wurde. Schließlich kam der Aufsicht des Gespanns herbei und brachte das Tier zum Stehen.

Eine verurteilte Köpenickade. Eine Geschichte, die lebhaft an den Streich des Schusters Voigt erinnert, wird aus dem märkischen Städtchen Werneuchen gemeldet. In dem dortigen Rathaus erschien dieser Tage ein etwa 35-jähriger, sehr elegant gekleideter und sehr aufrechter Herr, der den Bürgermeister der Stadt zu sprechen wünschte. Da dieser aber verreist war, wurde er von dem Stellvertreter des Stadtoberhauptes, dem Gutbesitzer Wiese, empfangen. Der Besucher stellte sich in hochfahrender Tone als höherer Beamter der Potsdamer Regierung vor, der den Auftrag erhalten habe, eine Anzahl märkischer Ortsverwaltungen zu inspizieren. Ohne weiteres setzte sich der „Herr Rat“ an den Schreibtisch, um seine Revisions-tätigkeit zu beginnen. Er verlangte kategorisch von dem stellvertretenden Bürgermeister die Vorlegung der Kassendbücher und die Herbeischaffung der Parbestände. Dann machte er sich daran, ein formgerechtes Protokoll aufzunehmen. Der Gutbesitzer hörte sich eine Zeitlang ruhig die vielen Wünsche und Vermägelungen des „Herrn Vorgesetzten“ an. Als ihm aber die Sache zu hart wurde, setzte er den Besucher kurzerhand an die frische Luft. Der über diese unerwartet schnelle Beendigung seiner Tätigkeit verärgerte „Herr Revisor“ dachte wohl eingesehen haben, daß er dem riesenhaften stellvertretenden Bürgermeister nicht gewachsen war und zog es vor, so rasch wie möglich zu verschwinden, allerdings nicht, ohne dem Bürgermeister gedroht zu haben, er werde diese Respektlosigkeit und Unbotmäßigkeit dem Herrn Oberpräsidenten melden. Zweifelloshandelt es sich um einen Schwindler, der gehofft hatte, durch sein sicheres Auftreten den Bürgermeister einzuschüchtern und dabei eine größere Geldsumme zu erbeuten. Wie sich herausstellte, war der Fremde vor seinem Besuche bei dem Bürgermeister bereits auf der Hauptliste gewesen, wo er aber von den Beamten, die ebenfalls Verdacht geschöpft hatten, an den Bürgermeister verwiesen wurde.

Vom Balkon der dritten Etage herabgestürzt und in den Armen der Mutter verschied gestern vormittags das vierjährige Töchterchen der verwitweten Fabrikbesitzerin Käthe, Hermannstr. 59/60. Die Mutter hatte Einkäufe gemacht und ihre beiden Kinder schlafend zurückgelassen. In der Zwischenzeit sind diese aufgewacht, das älteste Kind holte sich einen Stuhl auf den Balkon und wollte nach der Mutter ausschauen. Dabei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte der gerade heimkehrenden, entsetzten Mutter vor die Füße. Es war sofort tot. Vor wenigen Wochen hat die unglückliche Frau erst ihren Gatten verloren.

Feuer im „Ritterhof“, Ritterstr. 11, alarmierte am Donnerstag die Feuerwehr nach der im Südosten gelegenen Handkässtraße. Dort stand beim Eintreffen der ersten Löschzüge der Dachstuhl des Quergebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Der Brandmeister ließ sofort mehrere Schlauchleitungen von Dampfprisen vornehmen und damit über Treppen und eine mechanische Leiter energisch angreifen. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl mit den Bodenräumen zum größten Teil ausbrannte. Ueber die Entstehung konnte Authentisches noch nicht festgestellt werden.

Die „Babenaffäre“ in Potsdam. Am Donnerstag vergangener Woche ist im Weihen See das 20-jährige Dienstmädchen Franziska Polodnik beim Baden das Opfer eines Verbrechen geworden. Die von der Staatsanwaltschaft angestellten Vermittelungen haben ergeben, daß als Täter der Obermaschinenist Adolf Eckert von der Ratrosenstation in Potsdam in Frage kommt.

Der Arbeiter-Sängerbund begeht am kommenden Sonntag im Weihensee sein 28. Sängersfest. Der Bund ist bemüht, durch tüchtige Leistungen der Gesamtchöre wie der Einzelchöre nur Gutes zu bieten und hofft auf recht starken Massenbesuch und — gutes Wetter. Mögen die Hoffnungen sich erfüllen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Anleihe für den Opernhausbau. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die von den städtischen Körperschaften Charlottenburgs beschlossene Anleihe zum Bau des Deutschen Opernhauses genehmigt worden. Da auch die Erteilung des Bauforschusses demnächst bevorsteht, sind bereits im Einverständnis mit dem Herrn Polizeipräsidenten die Ausschachtungsarbeiten in Angriff genommen worden.

Reinickendorf.

Reinickendorfer Krankenhausemiserie. Das Krankenhaus — dieses Schmerzenskind der Verbandsgemeinden — und seine wenig erfreuliche Verwaltung sind schuld daran, daß die Gemeindevertretung unseres Ortes, entgegen der anderer Gemeinden, in diesem Jahre so spät in die Ferien kommt. Unsere Genossen, denen ganz erhebliche Beschwerden zugegangen waren, hatten daraufhin Anträge gestellt, die Abstellung der geringsten Mängelstände bezugnehmend, zunächst forderten sie, wie schon wiederholt bei früheren Gelegenheiten die Einsetzung einer Verwaltungskommission, bestehend aus Vertretern der Gemeindevertretungen der vier Verbandsorte. Dieser Antrag war in Reinickendorf auch wiederholt angenommen, von den Gemeindevertretungen der übrigen Verbandsorte jedoch abgelehnt worden. Schließlich vereinbarten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der vier Orte nochmals ein gemeinsames energisches Vorgehen in dieser Richtung, mit dem Erfolg, daß der jetzt bestehende, aus den Gemeindevorstehern der Verbandsgemeinden zusammengehende Verwaltungsausschuß beschloß, den Gemeindevertretungen die Einsetzung einer zeitlich begrenzten Verwaltungskommission mit beratender Stimme zu empfehlen. Obgleich hierdurch die berechtigten Wünsche unserer Genossen nicht erfüllt waren, zogen diese ihren weitergehenden Antrag zurück, da ohne Änderung des Vertrages eine andere Zusammenlegung der Verwaltung nicht zu erzielen ist. Der Ausschuß soll der Seelenzahl der Gemeinden entsprechend zusammengesetzt sein, so daß entfallen werden auf Reinickendorf 4, Zehlendorf 3, Wittenau 2 und Rosenthal 1 Vertreter. Ein weiterer Antrag unserer Genossen betraf die Befolgungsverhältnisse der Angestellten des Krankenhauses. Schon bei der erst-

malignen Beratung des Krankenhauses betonen unsere Genossen, daß die in der Besoldungsordnung vorgesehenen Löhne und Gehälter so niedrig seien, daß dafür brauchbares Personal nicht dauernd an die Anstalt gefesselt werden müßte. Wie recht sie hatten, erwies sich später bei der Einstellung des Personals. Verschiedene Stellen konnten bei den vorgesehenen Gehältern nicht besetzt werden und mußte schon vorher eine Erhöhung beschlossen werden. Jedenfalls um diese Summe wieder herinzubringen, griff nun der Verbandsausschuß zu einem Mittel, das von etats-rechtlichen wie moralischen Gesichtspunkten aus nicht entschieden genug beurteilt werden kann. Er setzte die Löhne und Gehälter der anderen Kategorien teilweise empfindlich herab; so das Gehalt der Krankenschwestern von 35 auf 25 M. monatlich, auch wurden statt der vorgesehenen 40 Schwestern (darunter eine angemessene Anzahl Lehrschwestern) nur 14 angelernte und 20 Lehrschwestern, letztere sogar nur mit 15 M. monatlicher Entschädigung engagiert. Den Wärtern wurde statt des im Etat festgesetzten Gehaltes von 45 M. nur 40 M. gezahlt, doch sollen hierfür jetzt die richtigen Löhne gezahlt werden. Für die Hausdiener war ein Gehalt von 30 M. festgesetzt, gezahlt werden aber nur an zweien 38 M., an zweien 34 M. und an die übrigen gar nur 32 M.; die Wandaus- und Küchenmädchen erhalten statt der bestimmten 25 M. zum größten Teil nur 24 M., die Kochhausdiener statt 30 M. wieder nur 32 M., ja, den Wäschehausdiener, für welche 45 M. vorgesehen sind, werden nur 32 M. gezahlt. Für einen Bureau-diener waren 1200 M. ausgeworfen, diesem wurden nur 900 M. gezahlt und als dieser der glänzenden Bezahlung wegen die Stellung aufgab, wurde dafür ein Lausbursche eingestellt mit dem doch gewiß fürsichlichen Lohn von drei Mark pro Woche und freies Essen. Würdig dieser Besoldung schließt sich auch die Behandlung an, die teilweise den Angestellten widerfährt. Ganz besonders scheint der Inspektor das Bedürfnis zu haben, den unteren Angestellten seine „Herzlichkeit“ und ihre „Minderwertigkeit“ fühlbar zu lassen. Daß er dabei nicht immer ganz bei der Wahrheit bleiben kann, ist doppelt bedauerlich; so wenn er z. B. bei Beschwerden über zu niedrige Gehälter unrichtig lamentiert, daß auch ihm auf Veranlassung der „Linken“ der Gemeindevertretung das Gehalt um mehrere hundert Mark gekürzt worden sei. Eine Behauptung, die unwarhaft ist und jedenfalls den Anschein erwecken soll, daß an der übrigen schlechten Besoldung die Sozialdemokraten schuld seien. Daß die Angestellten aber besser darüber orientiert sind, beweist der Umstand, daß sie sich zahlreich organisiert und unseren Genossen ihre Beschwerden vorgebracht haben. Andere von unserem Genossen Dhl vorgebrachte Klagen sollen erst nach Prüfung durch den Bürgermeister erörtert werden. Die Kritik über diese Besoldungen ist in unserer Gemeindevertretung ganz besonders angebracht, da der Reichensdorfer Bürgermeister Verbandsausschuß-Vorsitzender ist und daher als ausführendes Organ zu allermeist für diese Dinge verantwortlich ist. Daß dem so ist, bewies auch seine Antwort, die ganz persönlich gestimmt war. Zunächst waren alle Anlagen falsch, was wohl auf falschen Informationen beruhte; der Wechsel des Personals sei in allen neuen Krankenhäusern gleich, aber nicht infolge schlechter Bezahlung, sondern der geringen Qualität der Bewerber wegen; wenn von den bisher Eingestellten circa 70 ihre Stellung wieder aufgegeben haben, so sei das im Interesse der Anstalt vielleicht ganz erfreulich. Wenn der vorgesehene Lohn nicht allen in der Anstalt Beschäftigten gezahlt werde, so deshalb, weil dieser Lohn nur für erhaltendes und vollwertiges Personal vorgesehen war. Der Inspektor handelte richtig, wenn er die Leute zunächst mit niedrigeren Gehältern engagierte, denn wenn die Leute wieder entlassen werden müssen oder abgehen, sei doch wenigstens nicht erst das höhere Gehalt unnütz gezahlt worden. Im übrigen sei auf die Klagen wenig zu geben, wenn sie berechtigt sind, sollen sie da angebracht werden, wo sie „hingehören“, bei „ihm“. Dieses und noch verschiedenes Ähnliche, mit der bei solcher Gelegenheit stets vorräufigen Forderung herabgebracht, war so recht nach dem Herzen der Bürgerlichen. Und sie waren auch gleich alle geschäftig, ihm zu sekundieren. Zunächst die Fabrikantenfraktion nach dem bewährten alten Rezept: Herr Weder spricht dem Bürgermeister denotest (er ist ja zugleich Amtsvorsteher) seine Bewunderung für seine (im scharfmacherischen Sinne) glänzende Verwaltung des Krankenhauses und zugleich den ihm reichlich zutreffenden Dank aus. Herr Dr. Kühnemann schwenkt den roten Lappen. Seine Reden sind stets die gleichen: Nicht nachgeben — statt sanfter Behandlung immer feste Los auf die Arbeiter — sind doch noch Herr im Hause — Presse ist Quatsch — läßt wie die Arbeiter — diese wollen alle Engel sein — klagen über schlechte Verhältnisse — sind Produkte phantastischer Renommiersucht der Arbeiter — und so weiter. Am besten sollte man bei so etwas zur Tagesordnung übergehen. Aber auch die Vernünftigeren unter den Bürgerlichen waren ganz aus dem Schlimmen. Herr Schemmel verlangt, daß solche Dinge nur verhandelt werden dürfen, wenn das Material hierzu mindestens 8 Tage vorher dem Gemeindevorstand eingereicht worden sei, der Bürgermeister verlangt hierfür Ausschluß der Öffentlichkeit und Herr Weder verlangt, daß über solche Anträge abgestimmt werde, ohne sie begründen zu lassen, famose Ideen! Die Herrschaften kamen erst zur Besinnung, als unsere Genossen und einige Bürgerliche den kalten Strahl der Unzulässigkeit nach der Landgemeindeordnung bzw. württembergischen spritzten. Nachdem sie durch den Genossen Dhl auch sonst noch einige den erhitzen Gemütern entsprechende kalte Douchen erhalten hatten, ließen sie alle ihre Hoffnungen fahren. Die Debatten über diese Anträge sind damit aber noch nicht zu Ende, denn einmal hatte sich der Bürgermeister vorbehalten, verschiedene „appetitliche“ Sachen näher zu untersuchen und Bericht zu erstatten oder, wie er sich ausdrückte, vom Genossen Dhl eine Verichtigung zu verlangen; dann aber sind diesem inzwischen wieder so viele neue Beschwerden zugegangen, die dringend der Klärung bedürfen. Herr Schröder bekräftigte zu diesem Punkt auch noch, daß auch sonst noch einiges im Krankenhaus reformbedürftig sei, wenn nicht auf der einen Seite unnütz vertan werden soll, was auf der anderen unnützlich gepart wird. Zur Beschaffung von Bureau-räumen soll auf dem Grundstück der alten Schule (Residenzstr. 45) ein Gebäude errichtet werden, das später ohne Schwierigkeiten zu einem Wohnhaus umgebaut werden kann. Hierfür wird die prinzipielle Genehmigung erteilt und 100 000 M. werden bewilligt. Der spezielle Entwurf soll später vorgelegt werden. Der Fußbodenbesatz des Saal der Benutzung übergebenen Realgymnasialgebäudes ist schon reparaturbedürftig und soll mit Tonfliesen belegt werden. Für einen ausscheidenden Stabsmann-Stellvertreter schlagen unsere Genossen den Genossen Gemeindevertreter Lange vor. Obgleich der vom Vorstand vorgeschlagene bürgerliche Kandidat den meisten unbekannt war, trauten sie doch, daß er der Geeignete wäre, und wählten ihn.

Rixdorf.
Aktionen für Sport und Wandern. Am Sonntag, den 28. Juli, Ausflug nach Adlershof. Dasselbst großes Spielplatz. Abfahrt pünktlich 11 1/2 Uhr Bahnhof Rixdorf nach Nieder-Schöneweide von dort Marsch nach Adlershof. Raucher-Restaurant Wolfstein in Adlershof.

Zegel.
Zwei Klagen gegen die Gemeindevertretung in Zegel wurden gestern vor dem Potsdamer Bezirksauschuß verhandelt. Als Kläger trat der Dreher Massa aus Zegel auf. Sein Klageantrag bezog sich auf die Ungültigkeitserklärung der Gemeindevertreterwahlen, sofern sie sich auf den Stationsvorsteher Wistuba und den Gastwirt Radens bezog. Am 8. März dieses Jahres fand Gemeindevertreterwahl für die dritte Abteilung statt. Auf den Kassenbeamten Krenndee entfielen 1094, auf Radens 990, auf Wistuba 383 Stimmen. Gewählt wäre also außer Krenndee Radens. Da in einem früheren Prozeß nach Angabe des Wahlvorstandes vom Verwaltungsgericht ausgesprochen wurde, daß Krenndee nicht Ortsangehöriger im gesetzlichen Sinn sei, hob der Wahlvorstand die Wahl auf und kassierte

jämliche auf Krenndee entfielen Stimmen. Hierauf klagte Massa gegen die beiden W. und R., deren Wahl die Gemeindevertretung für gültig erklärt hatte. In seiner Klage führte er an, daß der Wahlvorstand unrichtig gebildet worden sei, indem der Bürgermeister auf die Vorschläge der bürgerlichen Parteien trotz des Protestes der Gegenpartei zwei Herren in den Wahlvorstand aufnahm. Diese Aufnahme sei aber keine gesetzliche Wahl gewesen. Ferner habe der Landmesser Westphal, ein Wähler zweiter Klasse, im Wahlvorstand der dritten Abteilung mitgewirkt, was ebenfalls unzulässig sei. Schließlich habe es dem Wahlvorstand an jeglicher Befugnis gemangelt, die Stimmen, die auf Krenndee entfielen waren, zu kassieren, weil dies ausschließlich Sache der Gemeindevertretung sei. Der Kreisauschuß von Niederbarnim verhandelte über beide Klagen getrennt. Er entschied, daß hinsichtlich des Wistuba die Wahl für ungültig zu erklären sei, weil anstatt einer Reuwahl eine Ergänzungswahl hätte vorgenommen werden müssen. Der Einwand des Klägers, Wistuba sei in gewissem Sinn ein staatlicher Exekutivbeamter wurde nicht als wirksam erachtet. Die Wahl des Radens hat aber der Kreisauschuß für gültig erklärt. Der Potsdamer Bezirksauschuß bestätigte das Urteil gegen Wistuba und erklärte die Wahl für ungültig, weil der Wahlvorstand nicht gesetzlich gebildet worden ist. Die Wahl des Radens wurde aus dem gleichen Grund annulliert.

Adlershof.
Der Wahlverein hielt am Dienstag bei Raul seine Generalversammlung ab. In seinem Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr streifte Genosse Klotz die Vorgänge bei den letzten Gemeindevertreterwahlen. Besonderer Aufmerksamkeit seitens der Polizei erfreuten sich neuerdings die Mitglieder des engeren Vorstandes, die durch Vernehmung über den Zusammenhang zwischen Wahlverein und Jugendorganisation resp. Verein Jugendheim Auskunft geben sollten. Im Berichtsjahre haben stattgefunden 13 öffentliche, 5 General- und 4 Mitgliederversammlungen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 557 auf 616, die der „Vorwärts“-Leser von 634 auf 712. Die Berichte der einzelnen Funktionäre boten keinen Anlaß zu Ausständen. In den Vorstand treten neu ein die Genossen Friedebis als Schriftführer und Emil Neumann als Revisor. Zu Bezirksführern resp. Stellvertretern wurden neugewählt Golschin im ersten, W. Kohl und Tesli im zweiten, Brud und Adam im vierten, Pfafe und Fraulein Weil im fünften und Brzyhdski im sechsten Bezirk. — Zum zweiten Male innerhalb des letzten halben Jahres müssen die Wähler der dritten Klasse an den Wahlstiften treten. Es handelt sich um die Ergänzungswahl für den ausgeschiedenen Genossen Hildebrandt. Als Kandidaten nominierte die Versammlung den Genossen Otto Petrich, Hoffmannstraße 24. Die Wahl findet statt am Sonnabend, den 22. Juli, nachmittags von 5—8 Uhr, im Lokale von Lehmgräbern vormals Schaner. Genosse Klotz schloß die Versammlung, indem er die Anwesenden verpflichtete, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen.

Treptow-Baumschulweg.
Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Treptow-Baumschulweg am 18. Juli im „Treptower Lustgarten“ hatte außer der Entgegennahme des Vorstandsberichts und der Wahl der Funktionäre organisatorische Aufgaben von erheblicher Wichtigkeit zu erledigen. Aus dem vom Vorstand gegebenen Bericht entnehmen wir, daß der Mitgliederbestand im Berichtsjahre von 946 auf 1105, also um 159 stieg. Einen ebenso erfreulichen Aufschwung hat die Zahl der „Vorwärts“-Leser genommen. Eingenommen wurden 9465 Beiträge von männlichen Mitgliedern und 1800 Beiträge von weiblichen Mitgliedern. Die Gesamteinnahme betrug 4315,48 M., dem 4296,50 M. Ausgaben gegenüber. In den Kreis konnten 2879,51 M. abgeführt werden. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist hervorzuheben die Beteiligung an den Gewerbeerichtswahlen und in der Eingemeindungsfrage. Weisigerwahlen zum Gewerbegericht wurden im vergangenen Jahre im Orte zum erstenmal vorgenommen. Die Ausschreibung der Wahlen war auch recht überausstehend, so daß nicht alles so klappte, wie es hätte sein müssen und wie es in der Zukunft sein wird. Immerhin brachte sie Erfolg. Der von unserer Seite eingereichte Liste der Arbeitnehmer wurde eine andere nicht gegenübergestellt und deshalb die von der Partei vorgeschlagenen ohne Wahl als gewählt proklamiert. Von den Arbeitgebern wurden gleichfalls 8 von 10 überhaupt zu Wählenden der sozialdemokratischen Liste entnommen. Ein Beweis, daß auch in den Arbeitgebertreuen das Vertrauen zur Rechtsprechung durch Sozialdemokraten ständig wächst. Einen vollen Erfolg brachte die Tätigkeit des Vereins in der Eingemeindungsangelegenheit. Der Initiative der Genossen ist es zu danken, daß der Lieberumpelungsvertrag, den Ort nach Nirdorf einzuverleiben, abgelehnt wurde. Allerdings war man beim Vorgehen gezwungen, mit bürgerlichen Kreisen zu paktieren, und diese haben nicht alles gehalten, was sie versprochen. Dem Vorstand und Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.
Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete eine Neuordnung der Organisation der Partei. Der sozialdemokratische Wahlverein Treptow-Baumschulweg bestand bisher eigentlich aus zwei Vereinen, die einem für jeden Ortsteil. Beide hatten zwar eine Reihe von Aufgaben gemeinsam zu erledigen, in gewissem Umfang aber auch eine ganz selbständige Tätigkeit zu entfalten. Diesem Dualismus zu begegnen, stellte der Vorstand den Antrag, die Organisationsform der allgemeinen üblichen anzupassen und für beide Ortsteile einen gemeinsamen Vorstand zu wählen, dem zur Verarbeitung der speziellen örtlichen Angelegenheiten je ein Abteilungsleiter für jeden Ortsteil beigegeben werden soll. Der Antrag wurde nach wenig umfangreicher Debatte gegen wenige Stimmen von der Generalversammlung angenommen und der neue Vorstand den obigen Bestimmungen entsprechend aus fünf Personen zusammengesetzt. Bei der Wahl des neuen Vorstandes wurden fast ausnahmslos die Vorschläge der Funktionäre akzeptiert.

Friedrichshagen.
Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Heute abend 8 1/2 Uhr Übungsstunde Wilhelmstr. 74, Hof parterre.

Grünau.
In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Fechner den Bericht des verlossenen Geschäftsjahres. Stattgefunden haben 2 öffentliche und 11 Mitgliederversammlungen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt gegenwärtig 136. Der Kassenbericht ergab für das verlossene Jahr eine Einnahme von 37,22 M., eine Ausgabe von 33,40 M., bleibt ein Reibetrag von 3,82 M. Nicht mit eingerechnet ist allerdings ein Ueberdruck von 18,21 M. von der Kasse 1911. Die Reuwahlen des Gemeindevorstandes hatten folgenden Ergebnis: 1. Vorsitzender Demandowski, 2. Vorsitzender Wigner, Schriftführer Franz Schmidt, Kassierer Lantow. Die Wahl der Weisiger wurde zurückgestellt. Als Bezirksführer wurden die Genossen Kaffner, Schneider, Scharfe, Kasparzel und Fischer gewählt. Die Wahl des 6. Bezirksführers mußte ebenfalls zurückgestellt werden. Gewählt wurden noch als Revisoren die Genossen Fischer, Pröbbs und Kaffner, in die Lokalkommission die Genossen Demandowski, Klein, Kasparzel und Wigner.

Waidmannsdorf.
Beim Sommerfest unseres Wahlvereins sind die auf die Nummern 236, 409, 496, 549 entfallenen Verlosungsgewinne liegen geblieben. Gefunden wurde ein Paar Mantelketten mit Knöpfen. Sämtliche Sachen sind abzuholen bei Franz Hempel, Waidmannstr. 22.

Ober-Schöneweide.
Eingemeindung. Der Provinzialrat hat jetzt den Beschluß des Bezirksauschusses bestätigt, wonach das zum Gutsbezirk Adenstedt gehörige bei Nummersburg gelegene Terrain nach Ober-Schöneweide eingemeindet wird. Auf dem Gelände befinden sich die Inzerantenteil veranlagt; Th. Wode, Berlin. Druck-Verlag: Derivart

Benzinanlage, die Petroleumanlage, die Sägemühle von Radge und die Raffination der Berliner Elektrizitätswerke. Einen Teil des Terrains hat die Gemeinde Ober-Schöneweide vor zwei Jahren zum Preise von 690 000 M. aus Privat Händen erworben. Durch diesen endgültigen Beschluß ist nun einem langwierigen Streit ein Ziel gesetzt, der wohl allen angrenzenden Gemeinden begehrendwert erschien in Anbetracht der Steuerkraft der dort domizilierenden Industrie, welche immerhin jährlich circa 45 000 M. dem Steuerfiskus von Ober-Schöneweide zuführen dürfte. Maßgebend für die Entscheidung des Provinzialrates dürfte wohl mit der Umstand gewesen sein, daß Ober-Schöneweide die Schul-lasten für die dortwohnenden Kinder trug.

Oranienburg.
Der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ feiert am Sonntag, den 28. Juli, im Lokal „Waldbau Sandhausen“ sein 6. Stiftungsfest. Dasselbe wird durch einen Umzug durch die Stadt eingeleitet. Die Bezirksleitung bittet die Wahlvereinsmitglieder sich recht regen an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Konowwed.
Mit einer imposanten Versammlung unter freiem Himmel leitete am Mittwochabend die Sozialdemokratie als erste der politischen Parteien am Orte den Reichstagswahlkampf ein. Zeit über tausend Personen füllten den hell erleuchteten Garten des Schmiedlichen Lokals und lauschten andächtig den Worten des langjährigen Vertreters unseres Wahlkreises, des Genossen Fritz Jubel. In 1 1/2 stündigen trefflichen Ausführungen behandelte er das Thema: „Der bevorstehende Wahlkampf und die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“. In der darauf folgenden Diskussion versuchte zunächst ein Redner die vom Redneren an dem Sonntagabend wie den Liberalen geübte Kritik abzu-schwächen, hatte damit jedoch wenig Glück. Genossin Bathe forderte die anwesenden Frauen zur tätigen Mithilfe in dem kommenden Wahlkampf sowie zu emsiger Aufklärungsarbeit auf. Genosse Bier forderte die etwa anwesenden Demokraten auf, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, da nur sie allein gewillt ist, die Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Unter stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und das geforderte freie Wahlrecht in Preußen erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus aller Welt.

Katastrophe in einem Marmorbruch.
In einem Marmorbruch in Carrara (Italien) sind bei einem Einsturz vierzehn Arbeiter verunglückt worden. Nach mehrstündiger Arbeit wurden zwölf Personen, von denen acht tot und vier schwer verletzt waren, geborgen. Zwei Arbeiter liegen noch unter den Trümmern und es besteht wenig Hoffnung, sie noch lebend retten zu können.

In Dänzing in der Nähe von Neßheim wurden, einem Telegramm aus München zufolge, beim Abbruch einer Seitenmauer fünf Arbeiter verunglückt. Drei sind bereits tot, die beiden anderen schwer verletzt aus den Schuttmassen zutage gefördert worden.

20 Soldaten beim Manöver verletzt.
In dem böhmischen Ort Alt-Bunzlau a. Elbe finden gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz militärische Übungen des 7. Dragonerregiments statt. Gestern fiel bei einem scharfenritt ein Pferd in der ersten Reihe zu Boden und begrub den Reiter unter sich. Die übrigen Dragoner stürzten über das gefallene Pferd hinweg. In wenigen Augenblicken lagen ungefähr 20 Pferde und 30 Soldaten in einem großen Knäuel am Boden. Die übrigen Soldaten ritten über sie hinweg. Ungefähr 20 Soldaten sind verletzt und wurden in das Militärhospital nach Brandeis an der Elbe übergeführt.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen.
Eine blutige Szene spielte sich Mittwochabend in der Nähe von Bern ab. Der Zigarrenreißende Reberhard aus Bern begab sich mit seinen drei Knaben im Alter von sieben bis elf Jahren in einen benachbarten Wald, um Kirschen zu pflücken. Im Gehölz zog er plötzlich den Revolver und eröffnete ein Feuer auf seine Kinder, von denen zwei tot zu Boden fielen. Der älteste Knabe vermochte zu entfliehen. Er erstattete der Polizei Anzeige, die sofort mehrere Beamte in den Wald entsandte. Inzwischen trat die Melbung ein, daß Reberhard nach einer benachbarten Ferienkolonie geeilt sei, um dort seine Tochter zu erziehen. In der Tat wurde Reberhard auf dem Wege dorthin verhaftet. Zweifellos ist der Mann von einem Wahnsinnsanfall gepackt worden.

Pfarrer, die Altentümer verschachern.
Wie sehr einige italienische Landpfarrer die Altentümer ihrer Sakristeien und Kirchen als ihr Privateigentum betrachten, hat dieser Tage ein Prozeß gezeigt, in dem das italienische Unterrichtsministerium als Privatkläger auftrat. Ein Pfarrer von Villa d'Almeida hatte in seiner Kirche einige Damastgewebe, die im Inventar auf einen Wert von 60 Lire angegeben waren. Ein Antiquar Schuber, der in Mailand wohnt, erwarb sie für 1250 Lire, weil er ihren Wert erkannt hatte. Zum Glück erkannte inzwischen die Kunstbehörde auch den künstlerischen Wert der Gewebe, klagte gegen alle an dem Handel Beteiligten und erzielte wirklich die Verurteilung aller vier. Allerdings wurde nur auf eine Geldstrafe erkannt, da der Geisliche von dem künstlerischen Wert der Gewebe, die aus dem 17. Jahrhundert stammen, offenbar keine Ahnung hatte.

Kleine Notizen.
Unfälle im Gebirge. Im Schlerugebiet ist der Realhüter Wächter abgestürzt. Er blieb schwer verletzt die ganze Nacht über liegen. — Beim Wegebau in Gailbach wurde der Landwehrintendant Goolnig von einem abstürzenden Felsblock erschlagen. Er war sofort tot. — Der Fabrikbesitzer Radenhorst aus Osterode am Harz, der eine Vergtourt machte, wird vermisst.
Großfeuer. Die Ortshauptstadt Uggowitz in Kärnten ist nachts ein Raub der Flammen geworden. Von 180 Häusern sind nur 15 verschont geblieben. Der Bahnhof und das Schulhaus konnten gerettet werden.
Die Cholera. In Marseille wurden sechs Cholerafälle festgestellt, von denen vier tödlich verlaufen sind. Die von der Krankheit Befallenen Personen wurden sofort isoliert. Man hält es für möglich, daß der Hafen für verseucht erklärt wird.
Duellausflug. Zwischen dem Redakteur Edmund Balh und dem früheren Staatssekretär Abgeordneten Jaltan Deij in Budapest fand ein Zweikampf statt. Nach einem ergebnislos verlaufenen Pistolenduell wurde ein Säbelduell ausgefochten, wobei Deij am Kopf leicht und am Ohr schwer verletzt wurde.

Eingegangene Druckschriften.
Von der „Neuen Zeit“ ist Heft des 42. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Anhalt des Heftes geben wir hervor: Das päpstliche Motu proprio. — Die albanische Frage. Von Hermann Mendel. — Ehrliche und naturwissenschaftliche Begründungen des Sozialismus. Von Dr. Beer. (Schluß). — Ein verheerter Raubzug. Von Robert Grimm. — Die Landarbeiterbewegung in Ungarn. Von Alexander Gismahia (Schluß). — Literarische Rundschau: Der Deutsche Arbeiterjugendbund. Von Dr. Theodor Kellring, Kreisobmann der Philosophie in Hannover. — Weib — Frau — Dame. Von Therese Schiefinger. — Christentumskanz. Von G. St.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.